

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Berleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Postamt 30 Pf.

Abnahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.
Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: H. Woffe, Daaenstien & Bogler, G. L. Damb,
Invalidentank. Berlin: Bernh. Arndt, Max Gerlmann,
Eberfeld W. Thiens. Greifswald G. Jilke. Halle a. S.
J. W. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner,
Wilmann Wiltens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Geim. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Abonnements-Einladung.
Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement für den Monat März auf die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 35 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.
Die Redaktion.

E. L. Berlin, 29. Februar.
Preussischer Landtag.
Herrenhaus.
6. Plenarsitzung vom 29. Februar, 12 Uhr.

Am Ministerische: Freiherr v. d. Rede und Kommissarien.
Das neu eingetretene Mitglied, Graf zu Solms-Laubach, wird unter den üblichen Formlichkeiten vereidigt.
Die Vorlage betr. die Aufhebung der alten Ackerzinsen wird debattiert genehmigt. (Die Festsetzung des Anthonors ist inzwischen auf Grund neuer Bestimmungen der Generbedingung durch Verfügung des Kultusministers anderweit erfolgt.)

Die Denkschrift betr. die Ausführung der gesetzlichen Vorschriften über die Rückerstattung der Grundsteuer-Einschätzungen soll nach dem Antrage der Budgetkommission durch Kenntnisnahme erledigt werden.
Graf Königsmark beantragt zu erklären, daß das Haus an dem Standpunkte verharre, den es in dem Gesetzentwurf vom 18. Mai v. J. eingenommen, der bisher die Zustimmung der Regierung nicht gefunden.

Minister Dr. Wiquel: Die Regierung hat beschlossen, den Gesetzentwurf vom 18. Mai 1895 (Aufhebung der Minderjährigkeitspflicht) seiner Majestät nicht zur Volksgebung zu empfehlen. Es ist bedenklich im höchsten Maße, eine große organische Gesetzgebung in einzelnen Punkten zu ändern; auch liegt in der Sache nichts vor, was nicht schon bei der Beratung der Steuergesetze bekannt gewesen wäre. Jede neue Aenderung würde sofort endlose weitere Anträge zur Folge haben.

Graf Königsmark: Die Haltung der Regierung in dieser Frage läßt kein Wohlwollen für die Landwirtschaft erkennen. Redner tritt dem Antrage des Grafen Königsmark bei.
Minister Dr. Wiquel: Die Aufhebung der Minderjährigkeitspflicht würde nur wenig allein-gesetzte Bauern treffen; es handelt sich meist um neue Kolonisten, namentlich in der Provinz Brandenburg. Die Bedeutung der Beschlüsse des Landtages wird nicht unterschätzt, aber es liegt eine Meinungsverschiedenheit zwischen Regierung und Parlament vor, nichts weiter.
Oberbürgermeister v. d. Rönne betämpft den Antrag Königsmark, für denselben sprechen Herr v. Sölemacher und Graf Zieten-Schwerin.

Der Antrag Königsmark wird angenommen, ebenso der Kommissionsantrag.
Hierauf verläßt sich das Haus.
Nächste Sitzung Montag 11 Uhr.
Tagesordnung: Kleine Vorlagen, Anträge und Petitionen.
Schluß 3 1/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.
31. Plenar-Sitzung vom 29. Februar, 11 Uhr.

Am Ministerische Dr. Boffe und Kommissarien.
Die Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt.
Abg. Dr. Bachem (Ztr.): Ich bin bereit, den Vorwurf des Schlenkrianis gegen das Ministerium zurückzunehmen, wenn der Herr Minister sich zur Zurücknahme des Ausdrucks „fanatisch“ im Zusammenhange mit dem Begriffe „katholisch“ bereit erklärt. Ich wünsche weder eine mechanische noch eine kalkulatorische Parität, aber meine Darlegungen, daß in einer Reihe von Beamtencategorien die Katholiken übergegangen werden, hat der Minister nicht widerlegt. Daß für Konfessionsgebäude bedeutende Summen, für bishöfliche Gebäude aber nichts ausgegeben worden ist, wird dadurch nicht widerlegt, daß gelegentlich einmal eine Ausgabe, die ins Ordinarium einbringt, ins Extra-Ordinarium aufgenommen ist, oder umgekehrt. Daß in Minister ein Katholik zum Ober-Regierungsrath ernannt ist, begrüße ich als einen Schritt zur Besserung. Bei den Kreisinspektoren ist das Ueberwiegen der evangelischen selbst in katholischen Bezirken auffällig, während in evangelischen Bezirken katholische Inspektoren garnicht vorkommen oder selten sind. Besser wäre es, katholische Beamte, z. B. Ober-Regierungsräthe, nicht nach evangelischen Gegenden zu senden, wo sie bei der evangelischen Bevölkerung leicht Erbitterung erregen könnten (Hö! Widerspruch!), sondern in katholische Gegenden. Wir sind nicht dagegen geschickt, daß nicht der Staat doch einmal, wenn auch nicht unter diesen, so doch unter einem späteren Minister in den katholischen dogmatischen Religionsunterricht eingreift. Ich brauche wohl nur an den Fall Wollmann zu erinnern. Und im Prinzip wird sich dann jeder Kultusminister auf den Fallischen Erlaß berufen können. Wenn wir alle diese Dinge hier, an der verfassungsmäßigen Stelle erwähnen und zur Sprache bringen, so sind nicht wir es, die den Frieden stören. Ein halber Frieden ist ein fauler Frieden. Wir wollen den formellen Frieden zu einem materiellen machen. (Beifall im Centrum.)

Minister Boffe: Ich danke dem Vordr. Bachem dafür, daß er den Ausdruck „Schlenkrianis“ im Kultusministerium zurückgenommen hat. Wenn er nun aber verlangt, ich soll den Ausdruck „fanatische Krankenheiler“ meinerseits zurückziehen, so kann ich ihm nur erwidern: ich habe, wenn ich den Ausdruck fanatisch brauchte, nur den fanatischen Polonismus gemeint. Wenn ich aber damit die Krankenheiler verlegt haben sollte, will ich den Ausdruck ihnen gegenüber gern zurückziehen. Was die Berechnungen des Herrn Bachem betrifft, so halte ich diese ganzen Berechnungen für einen ganz schiefen Weg, den man überhaupt nicht betreten sollte. Ich bin

aber, wenn das Haus es wünscht, erbötig, dem Hause weiteres Material über die Zusammenhänge an die katholische und an die evangelische Kirche vorzulegen. Redner erinnert dann noch, um wenigstens noch einige Einzelheiten anzuführen, an die staatlichen Aufwendungen für den Kölner Dom, sowie neuerdings in Berlin für die katholische Matthias-Kirche, wo die Regierung entgegenkommen bis zum Erceß gezeigt habe. Ob wir katholische Ober-Regierungsräthe haben, weiß ich nicht, jedenfalls haben wir katholische Regierungsräthe, katholische Oberpräsidenten. Herr Bachem hat an den Fall Wollmann erinnert, der aber spielte bereits 1873, und es ist doch bezeichnend, daß die Herren von 1873-1896 nicht einen einzigen weiteren Fall anführen können. Herr Bachem wirkt uns ferner vor unsern Bögern mit einem Kirchhofsgelände. Ich habe darüber schon gestern gesprochen, muß aber doch noch sagen: so einfach, wie Herr Bachem sich die Sache denkt, ist sie doch nicht, denn es muß auch auf die konfessionellen Minoritäten Rücksicht genommen werden. Ich werde vom Rhein aus in vier Weisung viele Eingaben beschwören, recht vorsichtig damit vorzugehen. Darin bin ich mit dem Abg. Bachem einverstanden: auch wir wollen keinen bloßen faulen formellen Frieden, auch wir wollen einen materiellen innerlichen Frieden. Aber dazu müssen Sie selber beitragen!

Abg. Krause (nl.): Uns scheint doch, daß Herr v. Gynern gestern Recht hatte, als er sagte: Herr Bachem mit seinen Tabellen sei tobgeschlagen. (Weiterkeit links, Widerspruch beim Centrum.) Wie kommt Herr Bachem zu seinem Verlangen nach einem katholischen Gymnasium? Wir haben doch überhaupt nur paritätische Gymnasien, und unsern katholischen Mitbürgern in Berlin selber ist es noch gar nicht eingeleuchtet, eine solche Forderung zu erheben. Nummer wieder auf das allgemeine Schulgesetz zurückzukommen, wie Herr v. Heydebrand es gestern wieder hat, hat gar keinen Zweck. Unseren Standpunkt vom 1892 haben übrigens damals auch viele Katholiken getheilt. Dem Standpunkt der Konservativen und des Centrum wird überdies schon bei den jetzigen Verhältnissen nur allzusehr Rechnung getragen, sodaß es eines Schulgesetzes, durch welches wir jetzt nur neue Kämpfe entfesseln würden, gar nicht bedarf. Herr Bachem's Ton war heute etwas anders, als gestern, der Inhalt aber war derselbe, wie gestern, seine Schilderungen über Imparität dieselben, wie gestern. Wollen Sie so ernsthaft Parität, wie Sie es versichern, dann brauchen Sie doch auch ein staatliches Religions-Tribunal zur Prüfung der Gefinnung, denn es ist Ihnen dann doch auch gewiß nicht gleichgültig, ob der Katholik im Amt gläubig ist oder nicht. Ihre Beschwerden kommen überhaupt nicht aus dem Lande, sondern Sie tragen die Beschwerden und die Erregung ins Land hinein. (Lauter Widerspruch im Centrum, ebenso lebhafter Beifall links.) Wie Sie den konfessionellen Frieden erreichen wollen, das ist Ihre Geheimniß; so wie Sie ihn hier anstreben, erreichen Sie den Frieden nicht, fördern ihn vielmehr erst recht. Wir sollten nicht, wie Sie das thun, die Gegensätze künstlich steigern, sondern zusammenhalten! (Beifall links.)

Abg. Daunenbergr (Centrum): Die Ausschreitungen unserer Presse mißbilligen, insoweit solche vorkommen, auch wir. Sehr ercent haben uns die warmen Worte, mit denen gestern Herr von Heydebrand für das Schulgesetz eintrat. Das Centrum wird stets bereit sein, in solchen idealen Fragen mit den Konservativen zusammenzugehen. Graf Zedlitz hat damals in ritterlicher und geschickter Weise das Gesetz vorgelegt. Die Zurückziehung desselben war eine nicht verfassungsgemäße und politisch ein Akt der Unflugheit. Ritterlich war es vom Grafen Zedlitz, daß er damals zurücktrat. Dasselbe hätte das ganze Staatsministerium thun müssen. Es war unklug, daß das nicht geschah. Das ganze Land hat ja auch bei den darauf folgenden Wahlen die Antwort gegeben. Die Parteien, die für das Schulgesetz waren, lehrten in größter Anzahl hierher zurück. Der gegenwärtige Herr Kultusminister hat die Verpflichtung, ein Volkschulgesetz auf christlicher Grundlage uns vorzulegen. Ich gebe aber zu, daß es für ihn und seine Rathsgelehrten sehr schwer ist, so wie bisher auf dem Verwaltungsweg fortzuwirken. (Weiterkeit.) Der Kultusminister sprach, als er gestern den Erlaß von 1876 verteidigte, das Wort Staatshoheit gelassen aus. Ich aber erwidere ihm, wenn die Staatshoheit in das innere Gebiet der katholischen Kirche eingreifen will, so werden wir ihr genau so, wie wir das in Kulturkampf gethan haben, fortgesetzt widersprechen. (Beifall im Centrum.) Redner führt dann aus, in welcher Weise der Fallische Erlaß in das innere Leben der katholischen Kirche eingreife. In Händen von Behörden, sogar protestantischer, liege nach dem Erlaß die Entscheidung darüber, was katholische Religion sei. Die Entscheidung darüber darf nur in den Händen unserer Bischöfe liegen. (von Gynern ruft: Scheiterhaufen!) Herr von Gynern, ich hätte Sie doch für viel verständiger gehalten (Weiterkeit), hier solche Bemerkung zu machen! (Weiterkeit.) Der Staat ist, damit will ich diese Betrachtung schließen, in Bezug auf Ertheilung des Religions-Unterrichts absolut unfähig und absolut unberechtigt. (Lebhafter Beifall.) Darum ist der Fallische Erlaß ganz unbillig! Redner verbreitet sich dann noch weiter über den Religionsunterricht in den Volksschulen, über die Paritätsfrage.

Minister Boffe: Ich habe schon so oft erklärt, daß die Regierung an Eingriffe in das innere Leben der katholischen Kirche nicht denkt, daß ich darauf verzichten kann, auf alle Ausführungen des Vordr. Bachem zu antworten. Nur auf einige Bemerkungen muß ich etwas erwidern. In der feinen Würdigung der christlichen Volksschule stimme ich mit Herrn von Heydebrand überein, aber wir haben sie, sie ist nicht geschädigt, und wir werden dafür sorgen, daß sie nicht geschädigt wird. Herr Daunenbergr hat mir ferner Behauptungen ertheilt über meine Pfllichten. So sagte er, ich müsse ein Schulgesetz vorlegen, weil dieses Haus auf diese Parole gewählt sei. Ich bin nicht auf diese Parole gewählt und auch nicht darauf ernannt. Endlich aber hat Herr D. eine Aeußerung gethan, die ich nicht so hingehen lassen kann. Ich glaube mich verfehrt zu haben und habe mir daher das Stenogramm kommen lassen. Herr D. hat

danach gesagt: daß das Gesamtministerium doch im Amte blieb, war mehr als ein Fehler, die Minister sind ehrenvoll nicht im Amte geblieben! Ich bin genöthigt, in meinem eigenen Namen, wie in dem des ganzen Staatsministeriums, diese Aeußerung auf das entschiedenste zurückzuweisen. Man mag unsere politische Haltung kritisiren, so viel man will, wir werden das zu ertragen wissen. Aber ich spreche dem Herrn das Recht ab, dem Ministerium nachzusagen, daß es ehrenvoll nicht im Amte geblieben sei oder nicht. Ich erinnere auch daran, daß derartige Aeußerungen über Abwesenheit bisher nicht Gebrauch dieses Hauses waren, und weise eine solche Aeußerung nochmals auf das entschiedenste zurück. (Beifall.)

Vizepräsident v. Heereman erklärt, er habe die betreffenden Worte D.'s nicht verstanden, weil derselbe nicht laut genug gesprochen. Seine Worte halte allerdings auch er für unparlamentarisch und unzulässig, er rufe daher den Abg. D. nachträglich zur Ordnung.
Abg. Daunenbergr: Es ist mir nicht eingefallen, den Ministern persönlich einen Vorwurf zu machen, meine Worte richteten sich nur gegen ihr konstitutionelles Verhalten. Und ich habe deshalb keinen Anlaß, meine Aeußerung zurückzunehmen.
Abg. Hansen, zur Geschäftsordnung: Ich mache den Herrn Vizepräsidenten darauf aufmerksam, daß Herr D. seine Aeußerung ausdrücklich aufrecht erhält!

Abg. Daunenbergr: Ich habe ausdrücklich erklärt, daß ich keinen Vorwurf gegen die Personen der Minister erheben will.
Abg. v. Gynern: Der Abg. D. hat, wie ich ganz genau gehört habe, gesagt: das gesamte Staatsministerium, einschließlich des Herrn Wiquel. War das etwa nicht persönlich?
Vizepräsident v. Heereman: Auch diese Worte habe ich nicht gehört. (Weiterkeit links.)
Abg. Hansen: Ich glaube, die letzte Bemerkung des Herrn Vizepräsidenten dahin aufzufassen zu sollen, daß er thätlich den Mitzug angetreten hat.

Damit ist diese Geschäftsordnungsdebatte beendet und zur Sache erhält das Wort
Abg. v. Gynern: Das hohe Lied von der katholischen Kirche haben wir nun von den Herren Daunenbergr und Gynern schon für Jahr gehört. Wilde Formen in diesem Kampf wollen die Herren angeblich herbeiführen. Schöne milde Formen! Schrieb doch die „Arier-Landeszeitg.“ des Herrn Dombach neulich von einem dortigen Nationalliberalen: derselbe habe eine neue Wagenschmiere erfunden, um den nationalliberalen Wagen aus dem Dred zu ziehen; er habe die neue Hoensbroedische Schmiere verwendet und sei dabei angeschmiert worden. Na, vielleicht kriegt Herr Dombach auch nochmal Schmiere! (Weiterkeit.) Redner bemerkt dann, er sei durchaus nicht der Ansicht, daß katholische Beamte nicht die Interessen des Staates vertreten; ein Wunder aber sei es angeht gewisser Vorkommnisse nicht, wenn im Volke sich der Glaube festsetze, daß katholische Beamte in erster Linie die Interessen des Papstes im Auge hätten. In Bezug auf angebliche Imparität auf dem Schulgebiete griffen die Zentrumredner einzelne Fälle heraus, auch in Volksschulverordnungen, und behörten so das Volk. Redner wendet sich schließlich noch gegen von Heydebrand und dessen Empfehlung des 1892er Schulgesetzes. Er rathet Herrn von Heydebrand, die „Grünen Blätter“ der „Germania“ zu lesen, in denen jenes Schulgesetz als ein erster Schritt zur Zurückführung der Protestanten zum Katholizismus bezeichnet werde. Willest du gebe das Herrn von Heydebrand zu denken! (Beifall links.)

Abg. Nicker (fr. Vg.) beginnt damit, es sei doch wohl genug, wenn die Bevölkerung nach wirtschaftlichen Rücksichten geschieden sei, man solle nicht auch noch konfessionellen Jank entfesseln. Das wäre die Zerstückelung des Staats in letzter Konsequenz. Das Schulgesetz habe einen ungemein gefährlichen Zündstoff unter uns gebracht, und nimmermehr dürfe durch dessen Wiedereinbringung neuer solcher Haber entfesselt werden. Auch er erkenne an, daß der damalige Minister Graf Zedlitz ritterlich für das Gesetz eingetreten sei, und es sei zu bedauern, daß er an diesem Gesetze zu Grunde gehen mußte. Uebrigens habe keineswegs die ganze konservative Partei hinter dem Gesetze gestanden. (Aufe rechts: Hö!) Auf einer weitverbreiteten Veranlassung von Liberalen und Konservativen in Graubund sei das Gesetz eintüchtig als eine Gefahr für den inneren Frieden erkannt worden! Neulich habe sich das Herrenausmitglied Graf Hohenthal geäußert. Preussens Schulwesen sei zurückgegangen, so sehr wie in keinem anderen Lande. Die Schule sei eine Veranstaltung nicht der Kirche, sondern des Staates, und so müsse es bleiben. Ein gut Theil von dem, was das Zedlitz'sche Schulgesetz habe festlegen wollen, sei ja leider auch schon auf dem Verwaltungsweg durchgeführt worden. Redner erklärt sich weiter gegen den Standpunkt des Ministers in der Dissidentenfrage. Selbst Herr von Münster habe sich seiner Zeit hierzu freundschaftlich gestellt. Was die Schulaufsichtsfrage betreffe, so sei die Stellung des Lehrers gegenüber dem Geistlichen seit Jahren immer mehr herabgesetzt worden. Es bestche leider die Tendenz, die Geistlichen immer mehr in Schulinspektionsstellen hineinzubringen. Die Frage der Schulaufsicht sei in Wirklichkeit keine Frage der Partei. Bekannte und hochangesehene Geistliche, orthodoxe, theisten und hiesige Anschauung, also die Anschauung, daß die Schule Anspruch habe auf eigene Leiter und nicht von dem Geistlichen nebenamtlich beaufsichtigt werden sollten. Genau dahin habe sich die Kreisynode in Milheim a. Ruhr ausgesprochen, in welcher 40 Geistliche säßen. Weg also mit der Volksschulinspektion, und nur eine Kreis-schulinspektion im Hauptamt! Herr Bachem habe auch die Freiheit der Wissenschaft angefochten. (Zuruf aus dem Centrum.) Jawohl, und Sie wollen dann das Urtheil darüber haben! (Weiterkeit.) Das kennen wir, wir kennen die Rebergerichte aus früherer Zeit. (Weiterkeit.) Welches ist denn das christliche Bannier, das Herr v. Heydebrand, wie er gestern sagte, in der Schule aufzurichten will? Etwas das Christenthum der Regulative, in deren Schule ein Böbel aufgewachsen ist? Sie werden den Kampf um die Schule nicht erfolgreich führen. Sie werden die Staatschule nicht getrimmern. Und wenn Sie

das merken, werden Sie einsehen, daß Sie die Religion von der Schule trennen müssen, wie das schon Schleiermacher gewollt hat. Und sollte diese Trennung dem Staate etwas kosten, — wir hier werden dazu die Mittel gerne bewilligen. Aber die Staatsschule lassen wir uns nicht nehmen! (Beifall.)

Ministerial-Direktor Kügler widerspricht aus praktischen Gründen der vom Vordr. Bachem angeregten Trennung der Nebenfonds, für evangelische und katholische Zwecke, und wendet sich dann noch gegen verschiedene Inparitäts-Behauptungen Bachem's. Dem Abg. Nicker erwidert Redner ferner, daß die Praxis der Unterrichtsverwaltung gegenüber den Dissidenten vom Kammergericht gebilligt sei und daß die Zahl der nebenamtlich beaufsichtigten Schulen sich in konstanter Praxis verringere. Freig sei auch die Auffassung, daß der Minister die Stellung der Lehrer herabgedrückt habe. (In dem Moment, wo Redner sich kurz resümiren will und bemerkt: „ich komme zum Schluß“, ertönt von der Rechten lebhaftes Brabozufen, auf welches alsbald, nachdem Redner geschlossen, ebenfalls mit lebhaften Braboz von links geantwortet wird.)

Abg. Stöcker spricht sich für ein Schulgesetz aus; niemals sei die Zeit dafür so günstig gewesen. Eine bloße Staatsinstitution dürfe die Schule niemals sein, da bei ihr auch das Recht der Eltern und Gottes in Betracht komme. Wie wolle Nicker einen Menschen erziehen, wenn er Staat und Kirche trennen wolle. Nicker habe darüber wohl nicht genügend nachgedacht. (Nicker: ich werd's lernen, von Ihnen!) Bei einer Volksabstimmung, wie in der Schweiz, über das Schulgesetz würden die Liberalen unendlich geschlagen worden sein. Redner plaidirt ferner für konfessionelle Gymnasien.

Nachdem Johann noch Abg. Borsch mit Lebhaftigkeit den Aeußerungen v. Gynern's entgegengetreten, verläßt sich das Haus.
Nächste Sitzung Montag 11 Uhr.
Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.
Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutschland.

O Berlin, 29. Februar. Zum Abschiedsgedächtniß des kommandirenden Generals v. Manteuffel erklärt die „Aöln. Ztg.“, daß dasselbe thätlich wegen Differenzen mit dem Statthalter von Schleswig-Holstein erfolgt sei, aber voransichtlich nicht genehmigt werden würde. Die Angelegenheit dürfe durch Veretzung des Generals ihre Erledigung finden.
— Wie die „Aöln. Ztg.“ glaubt, wird der in Dar-es-Salaam an Malaria erkrankte kaiserliche Regierungsrath Dr. Hummler nach seiner Rückkehr nach Deutschland eine verantwortliche Stellung im Auswärtigen Amte erhalten.

Frankreich.

Paris, 27. Februar. „In den ministeriellen Blättern“, schreibt der republikanische „Siccle“, findet man eine fast identische Note in Betreff der Zusammenfassung des Budgetauschusses.“ Sie lautet, das Resultat einer Abstimmung in öffentlicher Sitzung über die Frage der Einkommensteuer dürfe sich von demjenigen wesentlich unterscheiden, das die Folge der Beratung in den Abtheilungen und einer geheimen Abstimmung war. Die Herren Bourgeois und Doumer, heißt es da, brauchen nur laut und fest zu sprechen, um ihren Gegnern Schweigen aufzuerlegen, ja sie zu zwingen, daß sie offen auf ihre Seite treten.

„Diese Note“, führt der „Siccle“ aus, „welche als die genaue Umschreibung eines offiziellen Lösungswortes angesehen werden muß, macht eine Verleumdung der Herren Bourgeois und Doumer gegen die Republikaner der Kammer aus. Wir hoffen zuversichtlich oder vielmehr, wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die große Mehrheit der Abgeordneten auf diese echt sozialistische Frechheit die gebührende Antwort ertheilen werde. Die vorliegenden Zahlen thun schon zur Genüge die Unmöglichkeit eines Erfolgs des Einkommensteuermanövers dar, mit dem die Minister und ihre Freunde sich abgeben, weil sie kein besseres Mittel kennen, ihre gresperrigen Schaaeren wieder zu sammeln. Es haben sich in den elf Abtheilungen 454 Abgeordnete an der Abstimmung bei der Wahl des Budgetauschusses betheilt. 271 Stimmen waren den Gegnern des Prinzips der Einkommensteuer und nur 183 den Anhängern desselben günstig. Der Finanzplan des Herrn Doumer hat also eine Majorität von 88 Stimmen gegen sich gehabt. Wenn diese Majorität sich in eine Minorität verwandelt sollte, so müßten wenigstens 45 von den 271 Gegnern der Einkommensteuer in das feindliche Lager übergehen und solches anzunehmen, hieße den Republikanern Unrecht thun. Die Gemäßigten, die Fortschrittler und die nichtsozialistischen Radikalen, welche vorgeföhren die der Einkommensteuer abgeneigten Kommissare gewählt haben, werden in öffentlicher Sitzung ihr Votum bestätigen.“

Der sozialistische Abgeordnete Edouard Baillat hofft noch das Gegentheil. Das ehemalige Kommunemitglied geißelt in der „Revue Republique“ die Freigheit der Abgeordneten, die nicht offen das radikale Kabinett zu führen wagen, und bezeichne es als die Pflicht der Sozialisten, überall im Lande ihr Votum zu vertheilen. „Die Wähler müssen den Gewählten deutlich zeigen, was sie wollen, bis der Augenblick kommt, da sie ihre Vertreter züchtigen und durch andere erlegen können.“ Eine der großen Aufgaben der Sozialisten wird es nach Baillat nun sein, in ihren Versammlungen, durch die Presse, auf jede Art und Weise die Gemeindevahlen vom nächsten Mai so anzubahnen, daß sie in ihrem Sinne ausfallen und der Revolution, die Frankreich eine neue Gestalt geben muß, vorzuarbeiten. Hierin stimmen die Katholische Baillats mit den Beschließen der zwei letzten Sozialistenkongresse, der Possibilisten in Nantes und der Guesdisten in Limoges, überein. Um die ländlichen Bevölkerungen über ihre Rechte zu belehren, werden jetzt Flugblätter verbreitet und Wochenblätter herausgegeben, welche die Gemeindevahlen aufreizen und den Sozialisten die Pfad ebnen sollen. Der Bauer wird gegen den Grundbesitzer, der Arbeiter gegen den Kapitalisten, der Diensthofe gegen die Herrschaft gehetzt und jede hierarchische Ordnung als Tyrannet hingestellt. Da kann man lesen, alle Unterdrückten

auf dem Lande, die durch den Kapitalismus im Haus und Hof kommen, zu Tagelöhnern herabgewürdigt werden und oft nicht stark genug seien, durch Muskelarbeit ihr Brod zu verdienen, sollten sich zusammenschließen, „syndicats de revolutes“ in den Dörfern bilden, um zu den Unterdrückten sprechen zu können: „Der Erdboden ist für alle geschaffen worden, die Natur hat ihr Niemand zum Eigenthum gegeben; ihr habt euch seiner durch Diebstahl, Betrug bemächtigt. Wenn ihr fortan ein Einkommen haben wollt, so müßt ihr es durch eurer Hände Arbeit verdienen. Die Frucht unserer Arbeit aber wird uns gehören, und nicht euch Schmarozern, Mißbegünstigten, die ihr das Brod eßt, das wir den Invaliden der Arbeit geben würden, wenn das Gesetz euch gestattete, es uns zu stehlen.“

Paris, 29. Februar. Der Präsident Faure ist heute Vormittag 7 1/2 Uhr in Begleitung des Ministerpräsidenten Bourgeois und des Handelsministers Mesureur nach Lyon abgereist.

England.

London, 26. Februar. Der Bericht der Chartered Company für das am 31. März 1895 abgelaufene Geschäftsjahr ist veröffentlicht worden. Dieser Bericht enthält außerdem eine Aufzählung der Ereignisse bis zum Dezember 1895, jedoch ohne die Vorgänge im Transvaal zu erwähnen. Der Bericht führt den großen Fortschritt auf, der hinsichtlich des Baues an Eisenbahnen und Telegraphenanlagen und durch die Einrichtung der Verwaltung erreicht wurde. Die Einzelheiten sind bereits bekannt. Die Einnahmen aus den Telegraphenanlagen übersteigen bedeutend die Ausgaben. Bis jetzt sind ungefähr 200 Gesellschaften gebildet worden, die aus den Mitteln der Company unterstützt werden behufs Förderung des Minenbetriebes in Rhodesia. Der Bericht drückt in seinen Hauptzügen Befriedigung mit den erreichten Erfolgen aus. Die Bilanz zeigt an Ausgaben für die Verwaltung des verflohenen Geschäftsjahres 142 493 £.r. gegenüber 65 766 £.r. im vorhergehenden Jahre, an Einnahmen 119 000 £.r. gegen 44 489 £.r. seit dem Abschluß der Bilanz. Die Company hat alle Verbindlichkeiten gedeckt und gegenwärtig einen Kassenbestand von 600 000 £.r., ungeachtet eines Restes von 900 000 £.r., die zum Bau von Eisenbahnen gezeichnet sind.

London, 28. Februar. Unterstaatssekretär Curzon erklärte im Unterhause auf eine Anfrage über die Gesetze an der Küste von Ost-Afrika, daß er nach dem Abschluß der Verhandlungen im April 1895 empört, er habe wiederholte Niederlagen erlitten, aber in Folge der natürlichen Beschaffenheit des Landes sei es bisher unmöglich gewesen, die heruntersinkenden Vanden wirksam zu unterdrücken; die Angriffe der Urväster auf militärische Stationen seien erfolgreich zurückgeschlagen worden. Um den Aufstand endgültig zu unterdrücken, sei beschlossen worden, die lokalen Streitkräfte durch ein indisches Regiment zu verstärken.

Rußland.

Petersburg, 29. Februar. In Hoffkreisen wird die gnädige Aufnahme des Generals Werber am kaiserlichen Hofe, welcher im Allerhöchsten Auftrage bei dem ersten Empfange dem Kaiser und der Kaiserin zwei der neuesten Photographien des Kaisers Wilhelm II. nebst einem Begleiterschreiben überreichte, sehr besprochen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 1. März. Wir erhalten vom Stettiner Grundbesitzer-Verein folgendes an denselben gerichtete Schreiben zur Veröffentlichung:
An den Vorstand des Stettiner Grundbesitzer-Vereins
Stettin.

Obgleich der Unterzeichnete dem sehr achtbaren Verein nicht angehört, so erlaubt sich derselbe gleichwohl, denselben hiermit seine Zustimmung auszusprechen, daß die drohenden Steuererhöhungen und neuen Steuern für den Grundbesitzer, besonders die Umsatzsteuer, die unter Nr. 3 der Tagesordnung in Ihrer letzten General-Versammlung stand, ganz ungeheuerlich sind, und daß mit allen Kräften darauf hingewiesen werden müßte, dieselben fern zu halten.

Meine Ansicht geht dahin, daß es dem städtischen Grundbesitzer und auch den ländlichen Leicht gemacht werden müßte, sich von ihrem immobilen Besitz ohne große Unkosten loszumachen, resp. ihn ohne große Unkosten zu erwerben, und ihn dadurch dem mobilen Besitz gleichzustellen. Städtischen und ländlichen Grundbesitz zu haben, ist heutzutage mehr zu einem Gewerbe geworden, wie einstmal, und bedarf der Hebung und der Erleichterung und der Förderung der Gemeinen, nicht aber der Ergrünerung und Belastung zu Gunsten der andern Bevölkerung, die eine viel weniger ständige und unsichere ist.

Von dem mobilen Besitz in Waaren, Effekten und andern Werthen kann sich der Besitzer mit ganz minimalen Unkosten, sagen wir mit 1/4 Prozent oder mit 1 per Mille, und selbst mit noch weniger Spesen losmachen; anders aber bei dem immobilen Besitz. Der immobile Besitz dürfte, — und ich glaube darin annähernd richtig zu sein, obgleich mir statistische Angaben nicht zur Hand sind — durchschnittlich mit dreiviertel des Werthes hypothecirt sein, ohne daß dies im geringsten eine umgebende Lage ist, sondern eine ganz natürliche; da selbst wohlhabende Besitzer, die nicht ihr ganzes Geld auf eine Karte, das heißt auf ihren eigenen Grundbesitz setzen wollen, ihr übriges Geld in anderen Gewerben verzinzen können.

Der Grundbesitzer, der sehr solide sein kann, auch wenn nur der vierte Theil des Werthes des Grundbesitzes sein eigenes Kapital ansammelt, bezahlt aber beim Verkauf desselben die Unkosten auf den ganzen und vollen Werth: an einen Agenten gewöhnlich 1 Prozent, an Staatsstempel 1 Prozent und an Gerichts- und Anwaltskosten wohl auch noch 1/4 Prozent oder mehr, das macht auf sein eigenes Kapital also das Vierfache, also 9 Prozent, sage neun Prozent! Hierzu will die Stadt nun auch noch 1 Prozent des ganzen Werthes, also 4 Prozent, des dem Hausbesitzer selbst gebührenden Antheils erheben, wodurch die Umsatzsteuer also auf 13 Prozent, sage dreizehn Prozent des dem Grundbesitzer

selbst gehörenden Antheils erhöht würde, was der reinste Grundbesitzer sein würde.

Diese Umfassener an Staat und Gemeinde sind wie eine zur ersten Stelle eingetragene Hypothek, die der Besitzer niemals abtragen kann, denn wenn ein Grundbesitzer auch durchschnittlich erst alle 30 Jahre wieder zum Verkauf käme, so würde der Besitzer resp. der Käufer eigentlich nur die Zinsen auf diese Steuerlast abtragen, während ihm die Steuerlast immer wieder aufs neue belastet wird.

Kommt nun gar ein Haus häufiger zum Verkauf, so absorbieren schon zwei Verkäufe den vierten Theil des Werths.

Die Bauhütigkeit in Stettin und das Baugeschäft gehen mit dem Wachsthum der Stadt Hand in Hand. Große Kapitalisten bauen indessen größere Miethshäuser nicht, sondern ziehen es vor, wenn sie etwas erwerben wollen, fertige Häuser zu kaufen. Wie sehr wird man diese aber vom Kauf abschrecken, wenn der Käufer nur die Zinsen auf diese Steuerlast abtragen, während ihm die Steuerlast immer wieder aufs neue belastet wird! Schon heute wird die Kaufkraft beschränkt, da der Hausbesitzer größere Gefahr leidet, Miethsausfälle bei kleineren Wohnungen zu haben, da ihm das Pachtrecht beschränkt ist, während größere Wohnungen an bessere Mieter schwerer zu vermieten sind. Durch solche Einschränkungen wird man aber den Zuzug in Stettin und dessen Vergrößerung unterdrücken und es scheint fast, als wolle man sich abschließen, als brauchte man keine neuen Stadtbewohner und als wolle man dem Staat und den Agrariern den Gefallen thun, billige Arbeitskräfte dem Lande zu lassen, wenn auch Handel und Industrie in den Städten darunter leiden! Oder will man alle mittleren Rentiers, die nach Stettin ziehen und sich hier ankaufen würden, gleich vom vornherein abschrecken, indem man ihnen gleich eine so exorbitante Steuer auferlegt, wenn sie die Anziehung auf einen Hauskauf leisten. Müßen doch die Zugewandten ohnehin schon für die nur einem sehr kleinen Theil der Bevölkerung zu Gute kommenden gewerblichen Anlagen der Stadt ihre Steuern beitragen; was vielleicht doch nur dann zu ertragen sein wird, wenn sich die Kosten der Anlagen auf eine recht große Einwohnerzahl vertheilen werden.

Aber doppelt Unrecht ist es, eine verhältnismäßig kleinen und noch dazu im Durchschnitt durchaus nicht so kapitalkräftigen Klasse eine so drückende Steuer wie die Umfassener auferlegen, durch die man die Hausbesitzer schließlich ebenso zu schreien veranlassen wird, wie die Agrarier, für die nach des Schreibers Ansicht der Staatsstempel von ein Prozent schon eine große Last ist, der sie verheimlicht, sich bei schwandenden Konjunkturen von einem verlustbringenden Besitz mit einem blauen Auge los zu machen, anstatt ihn bis zur äußersten Erschöpfung behalten zu müssen.

Stettin, 27. Februar 1896.

Paul G. m. Der Stettiner Grundbesitzer Verein hielt gestern im Konzerthause eine außerordentliche Generalversammlung ab. Es wurden zunächst neue Vereinsstatuten beraten und mit kleinen unwesentlichen Veränderungen der vom Vorstand vorgelegte Entwurf derselben genehmigt. Sodann trat die Veranlassung in eine sehr lebhaft verhandelte Angelegenheit über die zwei neuen Miethsverträge, die für die zwei kleineren Wohnungen bis zu 300 Mark Jahresmiete und einen solchen für größere Objekte, wie Wohnungen, Läden etc. Der Verein genehmigte auch hier die Vorschläge des Vorstandes, welche dahin gehen, ein vollständig klares Verhältnis zwischen Vermieter und Mieter zu schaffen, um so die Streitigkeiten zwischen Miethern und Vermietern auf ein möglichst geringes Maß herabzusetzen. Auf der andern Seite glaubte der Verein auch dem Standpunkt des Miethers völlig Rechnung tragen zu müssen und lehnte eine Anzahl strenger Bestimmungen, wie sie die Miethsverträge anderer Städte, z. B. Berlins, enthalten, ab. Es ist daher zu hoffen, daß auf Grund der vom Verein in langer, angelegter Berathung festgestellten Miethsverträge und Hausordnungen sich ein gerechtes und erfreuliches Zusammenleben der Mieter und Vermieter entfalten wird. Wegen vorgeschriebener Zeit konnte der dritte Punkt der Tagesordnung, Besprechung über die drohende Steuererhöhung, nur ganz kurz berührt werden und wird deshalb binnen Kurzem noch eine andere Versammlung stattfinden. Die sehr zahlreich besetzte Versammlung wurde erst um 11 Uhr geschlossen.

In der Woche vom 16. bis 22. Februar kamen im Regierungsbezirk Stettin 133 Erkrankungen und 11 Todesfälle in Folge von ansteckenden Krankheiten vor. Am stärksten traten Masern auf, woran 65 Erkrankungen und 1 Todesfall zu verzeichnen waren, davon 46 Erkrankungen im Kreise Naugard, in Stettin 3 Erkrankungen (1 Todesfall). Sodann folgt Scharlach mit 31 Erkrankungen (4 Todesfälle), davon 7 Erkrankungen (1 Todesfall) in Stettin. In Diphtherie erkrankten 24 Personen (6 Todesfälle), davon 6 Personen (2 Todesfälle) in

Stettin, an Darmtyphus 11 Erkrankungen, davon 5 in Stettin und an Kindbettfieber 2 Erkrankungen. Im Kreise Kammin kam kein Fall von ansteckender Krankheit vor.

In der hiesigen Volksküche wurden in der Woche vom 23. bis 29. Februar 3257 Portionen Mittagessen verabreicht.

Am 23. Februar entwichen zwei Soldaten des in Straßund garnisonirenden 42. Infanterieregiments aus der Kaserne auf dem Dänholm. Vorgefunden gelang es, den einen der Deserteur, den Gefreiten Wegner, hier festzunehmen, derselbe verkehrte bei einer am Rosen-garten wohnhaften Prostituirten, in deren Wohnung er verhaftet wurde.

Pommersche Hypotheken-Aktien-Bank. Wie aus dem Interzessentheile unserer heutigen Zeitung ersichtlich, werden die am 1. April erfalligen Pfandbrief-Koupons bereits vom 15. März er. ab eingelöst.

Personal-Veränderungen im Bezirk der kaiserlichen Ober-Postdirektion (Stettin). Versetzt sind: der Postinspektor Gaede von Stettin nach Berlin, der Postinspektor Krieger von Königsberg (Pr.) nach Stettin, die Ober-Postdirektionssekretäre Pöppner von Stettin nach Pina und Schmidt von Stettin nach Dresden, die Postsekretäre Bracht von Stettin nach Köslitz, Krabbe von Straßund nach Stettin, Niedrig von Stettin nach Gera (Reuß j. L.), Pröpper von Stettin nach Königsberg (Pr.) und Wiemers von Essen (Ruhr) nach Stettin, der Ober-Telegraphenassistent Vordach von Stettin nach Pyritz nach Stettin, die Postverwalter Niels von Nichtenberg nach Bodejuch, Müller von Bodejuch nach Plathe (Pomm.) und Ziegler von Plathe (Pomm.) nach Nichtenberg. Entlassung angefallen sind: als Postsekretär der Postpräfektur Schüller aus Saarbrücken in Straßund, als Postverwalter der Postanwärter Kojewal in Bietstorf (Pomm.). Gestorben sind: der Postsekretär Lettau in Stargard (Pomm.) und der Postverwalter Feiner in Garz (Oder).

In die Liste der Rechtsanwälte ist eingetragen der Rechtsanwalt Eggert aus Pabitz bei dem Landgericht in Köslitz.

In der für nächsten Donnerstag anberaumten Stadtrathssitzung-Verammlung ist u. A. auch die Veranlassung und Beschlußfassung über die vom Magistrat vorgelegte Umfassener- und Biersteuer-Ordnung angefaßt. Wir haben darüber bereits eingehend Mittheilung gemacht und lassen heute noch den Entwurf der Biersteuerordnung folgen:

I. Zuschlag zur Brausteuer. § 1. Steuerfuß. Vom 1. April 1896 ab wird von dem im Gemeindebezirk Stettin gebrachten Bier ein Zuschlag von fünfzig vom Hundert zur Brausteuer erhoben. § 2. Zeit der Zahlung. Der Zuschlag ist von den Brauereibesitzern, gleichwie die Brausteuer, bei der Anmeldung und Besteuerung der einzelnen Gebraude oder bei der Einzahlung der Fixationsraten an die Kammereikasse zu entrichten. § 3. Erstattungen. Für die Erstattung des Zuschlages sind die wegen Erstattung der Brausteuer in § 7 des Gesetzes vom 31. Mai 1872 gegebenen Vorschriften maßgebend; sie erfolgt binnen 14 Tagen nach Einreichung einer Bescheinigung des königlichen Hauptsteueramts über die bewirkte Erstattung der Brausteuer. § 4. Ausfuhr-Vergütung. Für das vom 1. Juni 1896 ab aus dem Gemeindebezirk Stettin ausgeführte Bier wird auf den gezahlten Kommunalzuschlag eine Vergütung gewährt. Der Anspruch auf die Vergütung wird nur zu befristeten und in steuerlicher Beziehung unbescholtenen Brauereien und nur dann zugesprochen, wenn sie nur selbst gebranntes Bier ausführen und wenn sie Bücher führen, aus denen der Umfang der Bierbereitung und der Bierausfuhr sich ergibt. Die Bücher müssen auf Anforderung von dem Magistrat zu erweisen oder zu bevollmächtigten Revisoren jederzeit zur Einsicht vorgelegt werden. Die Höhe der Vergütung wird für je 100 Liter überabzüglich und unterabzüglich Bier zunächst auf 1 Jahr, ab dann von 3 zu 3 Jahren durch den Magistrat festgesetzt. Die Zahlung der Vergütung erfolgt monatlich auf Anweisung des Magistrats durch die Kammereikasse.

II. Steuer von eingeführtem Bier. § 5. Steuerfuß. Vom 1. April 1896 ab wird von dem in den Gemeindebezirk Stettin eingeführten Bier eine Steuer von 65 Pf. für das Hektoliter erhoben. § 6. Freieinheiten. Von der Steuer befreit ist: a) Bier, welches in Mengen von nicht mehr als 2 Litern eingeführt wird, b) Retourbier, für welches bei der Ausfuhr eine Vergütung (§ 4 und 12) nicht in Anspruch genommen ist, c) Bier, welches durch den Gemeindebezirk nur durchgeführt wird. Als durchgeführtes Bier ist auch solches zu betrachten, welches auf der Eisenbahn oder zu Wasser eingeführt, ohne in die Stadt eingebracht zu werden, auf dem Bahnhof oder am Hafen lagert und demnach in Urgebunden weiterbefördert wird, oder welches, auf der Achse eingegangen, in denselben Gebunden zur Weiterbeförderung mit der Eisenbahn oder zu Wasser umgeladen wird. § 8. Art der Einfuhr. Alles zur Einfuhr bestimmte Bier muß in Fässern, deren geachteter Inhalt auf ihnen in Zahlen deutlich eingebraunt ist, oder in vollen, für jedes Hektoliter gleichartigen Fässern eingebracht werden. § 9. Ueberwachung der Einfuhr. Der

Steuerpflichtige (§ 10) ist dafür verantwortlich, daß der Transportführer, welcher Bier in den Gemeindebezirk einführt oder durch den Gemeindebezirk durchführt, eine die Namen der Abnehmer und Empfänger und den Inhalt jeder einzelnen Sendung enthaltende Nachweisung in doppelter Ausfertigung bei sich führt und beide Ausfertigungen an der von dem Magistrat bestimmten Stelle vorlegt. Durchgeführt ist in der Nachweisung ausdrücklich als solches zu bezeichnen. Der Verwalter der Anmeldestelle hat das Recht, die Ladung mit dem Inhalt der Nachweisung zu vergleichen; der Transportführer muß ihm dabei jede nöthige Hilfe leisten. Nach Vergleichung der Ladung mit der Nachweisung wird eine der beiden Ausfertigungen dem Transportführer sofort abgestempelt zurückgegeben, welche im Falle der Durchfuhr auf der für den Ausgangsweg bestimmten Anmeldestelle abzuliefern ist. Jeder Transportführer ist verpflichtet, den Aufsihtsbeamten auf Anforderung die gestempelte Nachweisung vorzulegen. § 10. Zahlung der Steuer. Zur Entrichtung der Steuer ist verpflichtet: a) bei der Einfuhr auf Eisenbahnen oder zu Wasser der im Frachtbüchlein oder Konnossement bezeichneter Empfänger, b) für das auf andere Art eingeführte Bier der Einfuhrbringer. Die Zahlung der Steuer hat spätestens am Tage nach dem Empfang bzw. Einbringen während der Stunden auf der Kammereikasse zu erfolgen. § 11. Vergütung. Die Einfuhrbringer (§ 10 Abs. 1b), welche sich verpflichten, a) über sämtliche nach Stettin zum Abfuhr selbst oder zur Durchfuhr gegebene Bier eine mit ihren Geschäftsbüchern übereinstimmende Gesamtnachweisung am Ende eines jeden Monats dem Magistrat einzureichen und die auf das Einfuhrtag entfallende Steuer bis zum fünften Tage des folgenden Monats an die Kammereikasse unangefordert abzuführen, b) den vom Magistrat zu ernennenden oder zu bevollmächtigten Revisoren auf Verlangen jederzeit die den gesamten Absatz im Einzelnen nachweisenden Geschäftsbücher zur Einsicht vorzulegen, desgleichen Empfängern (§ 10 Abs. 1a), welche obige Verpflichtungen in Betreff des gesamten von ihnen in Empfang genommenen Bieres eingehen, kann unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs die Beachtung der Vorschriften des § 9 und 10 Absatz 2 erlassen werden. § 12. Ausfuhr-Vergütung. Zuverlässigen und in steuerlicher Beziehung unbescholtenen Bierhändlern wird für in denselben oder anderen Gebinden bzw. Fässern wieder ausgeführtes, auswärts gebranntes, Bier Vergütung der gezahlten Steuern gewährt, wenn sie Bücher führen, aus denen sich die Menge des gesamten von ihnen in Empfang genommenen Bieres, somit der Umfang des gesamten und insbesondere des auswärts abgeführten Bieres genau ergibt, und sie die Bücher den vom Magistrat zu ernennenden oder zu bevollmächtigten Revisoren auf Verlangen jederzeit zur Einsicht vorlegen. Die Vergütung wird nur für Sendungen in einer Menge von mindestens 25 Litern gewährt. Die Zahlung der Vergütung erfolgt monatlich auf Anweisung des Magistrats durch die Kammereikasse. § 13. Durchführungen. Den Aufsihtsbeamten ist von denjenigen, welche Bier von auswärts bezogen haben, zur Vornahme von Durchführungen der Zutritt zu den Räumen, in denen das Bier gelagert wird, zu gestatten.

III. Zulässige Vereinbarungen. § 14. Der Magistrat ist befugt, mit einzelnen Steuerpflichtigen zum Zwecke der Erleichterung des Verkehrs, ferner der Zahlung und Vergütung der Steuern besondere Vereinbarungen zu treffen. Die Vereinbarungen bedürfen der Genehmigung.

IV. Strafen. § 15. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Ordnung werden mit einer Strafe von 3 bis zu 30 Mark bestraft. Außerdem ist im Falle der Steuerhinterziehung die hinterzogene Steuer nachzuzahlen. § 16. Diese Steuerordnung tritt am 1. April 1896 in Kraft.

Stettin, an Darmtyphus 11 Erkrankungen, davon 5 in Stettin und an Kindbettfieber 2 Erkrankungen. Im Kreise Kammin kam kein Fall von ansteckender Krankheit vor.

In der für nächsten Donnerstag anberaumten Stadtrathssitzung-Verammlung ist u. A. auch die Veranlassung und Beschlußfassung über die vom Magistrat vorgelegte Umfassener- und Biersteuer-Ordnung angefaßt. Wir haben darüber bereits eingehend Mittheilung gemacht und lassen heute noch den Entwurf der Biersteuerordnung folgen:

I. Zuschlag zur Brausteuer. § 1. Steuerfuß. Vom 1. April 1896 ab wird von dem im Gemeindebezirk Stettin gebrachten Bier ein Zuschlag von fünfzig vom Hundert zur Brausteuer erhoben. § 2. Zeit der Zahlung. Der Zuschlag ist von den Brauereibesitzern, gleichwie die Brausteuer, bei der Anmeldung und Besteuerung der einzelnen Gebraude oder bei der Einzahlung der Fixationsraten an die Kammereikasse zu entrichten. § 3. Erstattungen. Für die Erstattung des Zuschlages sind die wegen Erstattung der Brausteuer in § 7 des Gesetzes vom 31. Mai 1872 gegebenen Vorschriften maßgebend; sie erfolgt binnen 14 Tagen nach Einreichung einer Bescheinigung des königlichen Hauptsteueramts über die bewirkte Erstattung der Brausteuer. § 4. Ausfuhr-Vergütung. Für das vom 1. Juni 1896 ab aus dem Gemeindebezirk Stettin ausgeführte Bier wird auf den gezahlten Kommunalzuschlag eine Vergütung gewährt. Der Anspruch auf die Vergütung wird nur zu befristeten und in steuerlicher Beziehung unbescholtenen Brauereien und nur dann zugesprochen, wenn sie nur selbst gebranntes Bier ausführen und wenn sie Bücher führen, aus denen der Umfang der Bierbereitung und der Bierausfuhr sich ergibt. Die Bücher müssen auf Anforderung von dem Magistrat zu erweisen oder zu bevollmächtigten Revisoren jederzeit zur Einsicht vorgelegt werden. Die Höhe der Vergütung wird für je 100 Liter überabzüglich und unterabzüglich Bier zunächst auf 1 Jahr, ab dann von 3 zu 3 Jahren durch den Magistrat festgesetzt. Die Zahlung der Vergütung erfolgt monatlich auf Anweisung des Magistrats durch die Kammereikasse.

II. Steuer von eingeführtem Bier. § 5. Steuerfuß. Vom 1. April 1896 ab wird von dem in den Gemeindebezirk Stettin eingeführten Bier eine Steuer von 65 Pf. für das Hektoliter erhoben. § 6. Freieinheiten. Von der Steuer befreit ist: a) Bier, welches in Mengen von nicht mehr als 2 Litern eingeführt wird, b) Retourbier, für welches bei der Ausfuhr eine Vergütung (§ 4 und 12) nicht in Anspruch genommen ist, c) Bier, welches durch den Gemeindebezirk nur durchgeführt wird. Als durchgeführtes Bier ist auch solches zu betrachten, welches auf der Eisenbahn oder zu Wasser eingeführt, ohne in die Stadt eingebracht zu werden, auf dem Bahnhof oder am Hafen lagert und demnach in Urgebunden weiterbefördert wird, oder welches, auf der Achse eingegangen, in denselben Gebunden zur Weiterbeförderung mit der Eisenbahn oder zu Wasser umgeladen wird. § 8. Art der Einfuhr. Alles zur Einfuhr bestimmte Bier muß in Fässern, deren geachteter Inhalt auf ihnen in Zahlen deutlich eingebraunt ist, oder in vollen, für jedes Hektoliter gleichartigen Fässern eingebracht werden. § 9. Ueberwachung der Einfuhr. Der

Steuerpflichtige (§ 10) ist dafür verantwortlich, daß der Transportführer, welcher Bier in den Gemeindebezirk einführt oder durch den Gemeindebezirk durchführt, eine die Namen der Abnehmer und Empfänger und den Inhalt jeder einzelnen Sendung enthaltende Nachweisung in doppelter Ausfertigung bei sich führt und beide Ausfertigungen an der von dem Magistrat bestimmten Stelle vorlegt. Durchgeführt ist in der Nachweisung ausdrücklich als solches zu bezeichnen. Der Verwalter der Anmeldestelle hat das Recht, die Ladung mit dem Inhalt der Nachweisung zu vergleichen; der Transportführer muß ihm dabei jede nöthige Hilfe leisten. Nach Vergleichung der Ladung mit der Nachweisung wird eine der beiden Ausfertigungen dem Transportführer sofort abgestempelt zurückgegeben, welche im Falle der Durchfuhr auf der für den Ausgangsweg bestimmten Anmeldestelle abzuliefern ist. Jeder Transportführer ist verpflichtet, den Aufsihtsbeamten auf Anforderung die gestempelte Nachweisung vorzulegen. § 10. Zahlung der Steuer. Zur Entrichtung der Steuer ist verpflichtet: a) bei der Einfuhr auf Eisenbahnen oder zu Wasser der im Frachtbüchlein oder Konnossement bezeichneter Empfänger, b) für das auf andere Art eingeführte Bier der Einfuhrbringer. Die Zahlung der Steuer hat spätestens am Tage nach dem Empfang bzw. Einbringen während der Stunden auf der Kammereikasse zu erfolgen. § 11. Vergütung. Die Einfuhrbringer (§ 10 Abs. 1b), welche sich verpflichten, a) über sämtliche nach Stettin zum Abfuhr selbst oder zur Durchfuhr gegebene Bier eine mit ihren Geschäftsbüchern übereinstimmende Gesamtnachweisung am Ende eines jeden Monats dem Magistrat einzureichen und die auf das Einfuhrtag entfallende Steuer bis zum fünften Tage des folgenden Monats an die Kammereikasse unangefordert abzuführen, b) den vom Magistrat zu ernennenden oder zu bevollmächtigten Revisoren auf Verlangen jederzeit die den gesamten Absatz im Einzelnen nachweisenden Geschäftsbücher zur Einsicht vorzulegen, desgleichen Empfängern (§ 10 Abs. 1a), welche obige Verpflichtungen in Betreff des gesamten von ihnen in Empfang genommenen Bieres eingehen, kann unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs die Beachtung der Vorschriften des § 9 und 10 Absatz 2 erlassen werden. § 12. Ausfuhr-Vergütung. Zuverlässigen und in steuerlicher Beziehung unbescholtenen Bierhändlern wird für in denselben oder anderen Gebinden bzw. Fässern wieder ausgeführtes, auswärts gebranntes, Bier Vergütung der gezahlten Steuern gewährt, wenn sie Bücher führen, aus denen sich die Menge des gesamten von ihnen in Empfang genommenen Bieres, somit der Umfang des gesamten und insbesondere des auswärts abgeführten Bieres genau ergibt, und sie die Bücher den vom Magistrat zu ernennenden oder zu bevollmächtigten Revisoren auf Verlangen jederzeit zur Einsicht vorlegen. Die Vergütung wird nur für Sendungen in einer Menge von mindestens 25 Litern gewährt. Die Zahlung der Vergütung erfolgt monatlich auf Anweisung des Magistrats durch die Kammereikasse. § 13. Durchführungen. Den Aufsihtsbeamten ist von denjenigen, welche Bier von auswärts bezogen haben, zur Vornahme von Durchführungen der Zutritt zu den Räumen, in denen das Bier gelagert wird, zu gestatten.

III. Zulässige Vereinbarungen. § 14. Der Magistrat ist befugt, mit einzelnen Steuerpflichtigen zum Zwecke der Erleichterung des Verkehrs, ferner der Zahlung und Vergütung der Steuern besondere Vereinbarungen zu treffen. Die Vereinbarungen bedürfen der Genehmigung.

IV. Strafen. § 15. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Ordnung werden mit einer Strafe von 3 bis zu 30 Mark bestraft. Außerdem ist im Falle der Steuerhinterziehung die hinterzogene Steuer nachzuzahlen. § 16. Diese Steuerordnung tritt am 1. April 1896 in Kraft.

bietet ihm die Sohle des Stiefels halt. Da, o Verlegenheit, Hansel kam immer vorwärts, aber auch das Rückwärtsmarschiren will nicht gehen. In dem Augenblick betritt die Mutter das Zimmer, um nach ihrem kleinsten Sprößling zu sehen. Sie vernimmt ein schwaches Weinen wie aus fernen Welten. Erschreckt hält sie Umschau unter Tischen und Bänken, auf Benstern, Stühlen, auf dem Fußboden, unter dem Ofensteine; von Hansel war keine Spur zu bemerken. Und doch drang ununterbrochen Hansel's Stimme an ihr Ohr, Hansel's Stimme, die ihr so ferne und doch auch wieder so nahe dünkte, die immer kräftiger sich gestaltete und schließlich in ein Heulen überging. Die besorgte Mutter konnte des Mißthats Lösung nicht finden; endlich sah ihr scharfes Auge ein schwaches Bewegen des liegenden Stiefels. Hinfürzen und diesen hervorziehen war eins; Hansel's Füßlein zappelten in der Deckung des Gefäßnisses; bald war der kleine Wicht wieder aus Tageslicht befördert.

Ueber die verhängnisvolle Feuersbrunst in Onsen, die sechs Menschenleben als Opfer forderte, wird in Ergänzung unserer Meldungen berichtet: Das Feuer brach früh 6 Uhr im Wirthshaus in der Wilhelmstraße aus und zwar im Ottomanschen Laden. Das Treppenhause und alle Stockwerke waren als ein gewaltiges Feuermeer. Herzerregend waren die Klagen und Hilferufe der Bewohner der obersten Etage, denn diese konnten weder herunter noch die Hilfsmannschaften nach oben gelangen, weil die Treppe brannte. In dem obersten Stockwerke wohnte der Schneidermeister Biering nebst Frau und drei Kindern, sowie der Schuhmachermeister Gakke nebst Frau und vier Kindern. Da nun schon die Flammen in die Wohnräume der Unglücklichen drangen, so stürzte sich in der Verzweiflung zunächst Frau Biering herab und fiel dabei so unglücklich auf das unten bereit gehaltene Sprungtuch und von hier auf das Pflaster, das sie schwer verletzt in das städtische Krankenhaus geschafft werden mußte. Von demselben Geschick wurde auch Herr Biering ereilt, er wurde ebenfalls schwer verletzt nach dem Krankenhaus gebracht. Die beiden Töchter der unglücklichen Familie, von denen die eine 19, die andere 15 Jahre alt ist, und die ebenfalls vom dem obersten Stockwerk heruntergesprungen sind, sind glücklicherweise nur leicht verletzt. In einer recht unglücklichen Lage befand sich aber der 18 Jahre alte Sohn der Familie B. Dieser hatte sich mit der einen Hand an dem Gefims festgehalten und mit der anderen versuchte er eine Leiter zu ergreifen, die auf dem Dach des Nachbarhauses aufgestellt war. Dieses gelang ihm auch durch seine Geistesgegenwart und nur dadurch hat er sein Leben gerettet. Schuhmachermeister Gakke stürzte sich aus dem dritten Stockwerk herab. Er hat sich veranlaßt schwer verletzt, daß er bereits verstorben ist. Der dordringende Feuerwehrlöschtrupp hat sich in der Gasse der Wohnung ein schauerlicher Anblick vor, denn Frau G. und sämtliche vier Kinder im Alter von 14, 9, 7 und 2 Jahren liegen todt im Zimmer mit gräßlich verzerrten Zügen. Wie das Feuer entstanden ist, konnte noch nicht festgestellt werden, denn als einige Minuten vor 6 Uhr die Haus Thür gewaltsam von zu Hüfte eilenden Personen erbrochen wurde, schlugen ihnen bereits die hellen Flammen entgegen. Kaufmann Ottomanski, bei dem schon vor einigen Wochen Feuer im Laden entstanben ist, ist verhaftet worden.

Gratz, 29. Februar. Der Arbeiterführer Johann Nitzsche wurde durch Erkenntnis des Senats, auf Grund einer im Januar gehaltenen Rede, zu vier Wochen Arrest, verschärft durch zwei Fasttage, verurtheilt.

Toulon, 29. Februar. Drei Anarchisten, welche in die Bombenfabrik in Marseille verwickelt sind, wurden gestern in Toulon verhaftet.

Berlin, 29. Februar. (Städtischer Central-Viehhof.) [Ausführlicher Bericht der Direction.] Zum Verkauf standen: 4801 Rinder, 8856 Schweine, 1206 Kälber, 7863 Hammel.

In dem reichlichen Kinderantrieb waren keine schwere Stiere sehr knapp und wurden über Notiz bezahlt, mageres Vieh auch nicht stark angeboten, ältere fette Kühe und ältere knochige Ochsen schwer verkäuflich. Nachfrage für den Export war gut. Es bleibt etwas Ueberstand.

1. Qualität 56-60 Mark, ausgesuchte Posten darüber, 2. Qualität 50-54 Mark, 3. Qualität 45-48 Mark, 4. Qualität 40-43 Mark pro 100 Pfund Fleischgewicht.

Der Schweinemarkt verlief bei verhältnismäßig guter Waare langsam und wird ziemlich geräumt. 1. Qualität 42-43 Mark, ausgesuchte Posten darüber, 2. Qualität 40-41 Mark, 3. Qualität 37-39 Mark pro 100 Pfund mit 20 Prozent Tara.

Der Kälberhandel gestaltete sich langsam. 1. Qualität 53-58 Pf., ausgesuchte Waare darüber, 2. Qualität 48-52 Pf., 3. Qualität 43-47 Pf. pro Pfund Fleischgewicht.

Hammeln werden bei ruhigem Geschäftsgange ziemlich ausverkauft. Feinste Lämmer, nicht reichlich vertreten, wurden auch über Notiz bezahlt. 1. Qualität 45-47 Pf., Lämmer bis 50 Pf., 2. Qualität 42-44 Pf. pro Pfund Fleischgewicht.

Briefkasten.

Antworten werden nur ertheilt, wenn sich die Fragesteller als Abonnenten ausweisen. Anonyme Anfragen und Zuschriften bleiben unberücksichtigt. Nur diejenigen Anfragen, welche bis Freitag bei der Redaktion eingehen, finden in der nächsten Sonntagsnummer Beantwortung. — Otto M. in G. Die Prüfung der Gerichtsvollzieher ist eine schriftliche und eine mündliche. Sie ist darauf zu richten, ob der Anwärter die für sämtliche Zweige des Gerichtsvollzieherdienstes erforderlichen Kenntnisse und praktische Gewandtheit hat. Die Aufgaben zur schriftlichen Bearbeitung sind vorzugsweise dem Gebiete der von den Gerichtsvollziehern aufzunehmenden Urkunden zu entnehmen, unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen der Gebühren- und Stempelgesetzgebung. — J. K. 100. Nr. 450 347 der Berliner Pferde-Lotterie hat keinen Gewinn erhalten. — Fr. W. in K. Versenben nennt man abnorme Bildungen an Bäumen, welche in einer Abwärtsrichtung stehen. — W. in S. Die Erbschaftsteuer richtet sich in ihrer Höhe nach dem Grade der Verwandtschaft zu dem Erblasser, direkte Kinder haben Erbschaftsteuer nicht zu bezahlen. — B. in G. Wenn Sie mit dem neuen Besitzer keinen schriftlichen Vertrag geschlossen haben, so haben Sie auch keinen gesetzlichen Anspruch an denselben. Ein Vorgehen im Prozeßwege würde Ihnen nichts nützen. — K. 1011. Es ist eine 14tägige Kündigung nöthig, falls nichts anderes ausdrücklich vereinbart ist. — F. in W. Die Betriebssteuer ist lediglich für den Betrieb der Gastwirthschaft, der Schankwirthschaft und des Kleinhandels des Brauwesens oder Spiritus allfälliger zu entrichten und zwar sofern diese Betriebe gewerbesteuerpflichtig sind, neben der Gewerbesteuer. Von einer Einrechnung der Betriebssteuer zur Ortskommunalabgabe kann nicht die Rede sein. — A. R. D. 1. Das Gesetz gilt für das ganze Reich, kein Bundesstaat ist ausgenommen. 2. Ja. 3. Unter Kinder sind nach diesem Gesetz nur Personen bis zum 14. Lebensjahr zu verstehen. 4. Unter gemeinlichem Gebirge versteht man alle zu den gewöhnlichen Haus-, Stall- und Feldarbeiten angemessenen Diensthöfen. — D. S. G. Das Mädchen hat die Beschwerde zunächst bei der Ortspolizeibehörde anzubringen, zweite Instanz ist dann das kgl. Landrathsamt hiersebst. — H. in K. Sie stellen eine etwas kitzliche Frage, die nicht ohne weiteres mit „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten ist. Von einem Recht kann dabei überhaupt keine Rede sein, denn ein Recht, welches gegen den Zustand verstößt, giebt es nicht, und gegen den Zustand würde eine derartige Liebesabrede verstoßen, falls dieselbe öffentlich gezeigt würde. Doch, verehrtes Fräulein, wir glauben, Sie werden sich die Frage am besten selbst beantworten können, wenn Sie erst Braut find, dann steht es in Ihrer Hand, ein Recht gelten zu lassen oder nicht. — S. contra B. Die Eisenbahn-Verkehrsinspektoren beziehen ein Gehalt von 3600-5400 Mark und 660 Mark Wohnungsgeldzuschuß, sie gehören zu den Oberbeamten. — D. K. G. 1. Der betreffende junge Mann kann jedes Geschäft selbstständig betreiben. 2. Der Ausschluß der Gütergemeinschaft kann nur vor Eingehung der Ehe bedacht werden. — G. S. 1. Forderungen von Ärzten verjähren in vier Jahren. 2. Die Kosten richten sich nach der Höhe des Objektes und sind sofort zu bezahlen. — F. S. Das ein derartiges Erkenntnis vom Zivilsenat des Reichsgerichts gefällt ist, ist richtig, der Vorfall dieses Erkenntnisses ist aber noch nicht erschienen. — A. B. Ein derartiger Urlaub wird fast stets gewährt und nur unrichtigen Antontionen verweigert. Der Antrag ist unter Beifügung der Militärpapiere beim Landrathsamt zu stellen. — G. F. 1. Gute und billige Klaffler erhalten Sie durch die Vermittlung jeder Anbahnung. Sie haben in ausführlichen Kataloge die Auswahl, auch in einfacher Ausstattung. 2. Wir empfehlen Ihnen „Dahome“ oder „Ueber Land und Meer“, beide Zeitschriften können gleichfalls durch jede Anbahnung bezogen werden. — Gustav M. Es müßte dann die Umfassener gezahlt werden, da die Auffassung entscheidend ist.

Stettin, an Darmtyphus 11 Erkrankungen, davon 5 in Stettin und an Kindbettfieber 2 Erkrankungen. Im Kreise Kammin kam kein Fall von ansteckender Krankheit vor.

In der für nächsten Donnerstag anberaumten Stadtrathssitzung-Verammlung ist u. A. auch die Veranlassung und Beschlußfassung über die vom Magistrat vorgelegte Umfassener- und Biersteuer-Ordnung angefaßt. Wir haben darüber bereits eingehend Mittheilung gemacht und lassen heute noch den Entwurf der Biersteuerordnung folgen:

I. Zuschlag zur Brausteuer. § 1. Steuerfuß. Vom 1. April 1896 ab wird von dem im Gemeindebezirk Stettin gebrachten Bier ein Zuschlag von fünfzig vom Hundert zur Brausteuer erhoben. § 2. Zeit der Zahlung. Der Zuschlag ist von den Brauereibesitzern, gleichwie die Brausteuer, bei der Anmeldung und Besteuerung der einzelnen Gebraude oder bei der Einzahlung der Fixationsraten an die Kammereikasse zu entrichten. § 3. Erstattungen. Für die Erstattung des Zuschlages sind die wegen Erstattung der Brausteuer in § 7 des Gesetzes vom 31. Mai 1872 gegebenen Vorschriften maßgebend; sie erfolgt binnen 14 Tagen nach Einreichung einer Bescheinigung des königlichen Hauptsteueramts über die bewirkte Erstattung der Brausteuer. § 4. Ausfuhr-Vergütung. Für das vom 1. Juni 1896 ab aus dem Gemeindebezirk Stettin ausgeführte Bier wird auf den gezahlten Kommunalzuschlag eine Vergütung gewährt. Der Anspruch auf die Vergütung wird nur zu befristeten und in steuerlicher Beziehung unbescholtenen Brauereien und nur dann zugesprochen, wenn sie nur selbst gebranntes Bier ausführen und wenn sie Bücher führen, aus denen der Umfang der Bierbereitung und der Bierausfuhr sich ergibt. Die Bücher müssen auf Anforderung von dem Magistrat zu erweisen oder zu bevollmächtigten Revisoren jederzeit zur Einsicht vorgelegt werden. Die Höhe der Vergütung wird für je 100 Liter überabzüglich und unterabzüglich Bier zunächst auf 1 Jahr, ab dann von 3 zu 3 Jahren durch den Magistrat festgesetzt. Die Zahlung der Vergütung erfolgt monatlich auf Anweisung des Magistrats durch die Kammereikasse.

II. Steuer von eingeführtem Bier. § 5. Steuerfuß. Vom 1. April 1896 ab wird von dem in den Gemeindebezirk Stettin eingeführten Bier eine Steuer von 65 Pf. für das Hektoliter erhoben. § 6. Freieinheiten. Von der Steuer befreit ist: a) Bier, welches in Mengen von nicht mehr als 2 Litern eingeführt wird, b) Retourbier, für welches bei der Ausfuhr eine Vergütung (§ 4 und 12) nicht in Anspruch genommen ist, c) Bier, welches durch den Gemeindebezirk nur durchgeführt wird. Als durchgeführtes Bier ist auch solches zu betrachten, welches auf der Eisenbahn oder zu Wasser eingeführt, ohne in die Stadt eingebracht zu werden, auf dem Bahnhof oder am Hafen lagert und demnach in Urgebunden weiterbefördert wird, oder welches, auf der Achse eingegangen, in denselben Gebunden zur Weiterbeförderung mit der Eisenbahn oder zu Wasser umgeladen wird. § 8. Art der Einfuhr. Alles zur Einfuhr bestimmte Bier muß in Fässern, deren geachteter Inhalt auf ihnen in Zahlen deutlich eingebraunt ist, oder in vollen, für jedes Hektoliter gleichartigen Fässern eingebracht werden. § 9. Ueberwachung der Einfuhr. Der

Steuerpflichtige (§ 10) ist dafür verantwortlich, daß der Transportführer, welcher Bier in den Gemeindebezirk einführt oder durch den Gemeindebezirk durchführt, eine die Namen der Abnehmer und Empfänger und den Inhalt jeder einzelnen Sendung enthaltende Nachweisung in doppelter Ausfertigung bei sich führt und beide Ausfertigungen an der von dem Magistrat bestimmten Stelle vorlegt. Durchgeführt ist in der Nachweisung ausdrücklich als solches zu bezeichnen. Der Verwalter der Anmeldestelle hat das Recht, die Ladung mit dem Inhalt der Nachweisung zu vergleichen; der Transportführer muß ihm dabei jede nöthige Hilfe leisten. Nach Vergleichung der Ladung mit der Nachweisung wird eine der beiden Ausfertigungen dem Transportführer sofort abgestempelt zurückgegeben, welche im Falle der Durchfuhr auf der für den Ausgangsweg bestimmten Anmeldestelle abzuliefern ist. Jeder Transportführer ist verpflichtet, den Aufsihtsbeamten auf Anforderung die gestempelte Nachweisung vorzulegen. § 10. Zahlung der Steuer. Zur Entrichtung der Steuer ist verpflichtet: a) bei der Einfuhr auf Eisenbahnen oder zu Wasser der im Frachtbüchlein oder Konnossement bezeichneter Empfänger, b) für das auf andere Art eingeführte Bier der Einfuhrbringer. Die Zahlung der Steuer hat spätestens am Tage nach dem Empfang bzw. Einbringen während der Stunden auf der Kammereikasse zu erfolgen. § 11. Vergütung. Die Einfuhrbringer (§ 10 Abs. 1b), welche sich verpflichten, a) über sämtliche nach Stettin zum Abfuhr selbst oder zur Durchfuhr gegebene Bier eine mit ihren Geschäftsbüchern übereinstimmende Gesamtnachweisung am Ende eines jeden Monats dem Magistrat einzureichen und die auf das Einfuhrtag entfallende Steuer bis zum fünften Tage des folgenden Monats an die Kammereikasse unangefordert abzuführen, b) den vom Magistrat zu ernennenden oder zu bevollmächtigten Revisoren auf Verlangen jederzeit die den gesamten Absatz im Einzelnen nachweisenden Geschäftsbücher zur Einsicht vorzulegen, desgleichen Empfängern (§ 10 Abs. 1a), welche obige Verpflichtungen in Betreff des gesamten von ihnen in Empfang genommenen Bieres eingehen, kann unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs die Beachtung der Vorschriften des § 9 und 10 Absatz 2 erlassen werden. § 12. Ausfuhr-Vergütung. Zuverlässigen und in steuerlicher Beziehung unbescholtenen Bierhändlern wird für in denselben oder anderen Gebinden bzw. Fässern wieder ausgeführtes, auswärts gebranntes, Bier Vergütung der gezahlten Steuern gewährt, wenn sie Bücher führen, aus denen sich die Menge des gesamten von ihnen in Empfang genommenen Bieres, somit der Umfang des gesamten und insbesondere des auswärts abgeführten Bieres genau ergibt, und sie die Bücher den vom Magistrat zu ernennenden oder zu bevollmächtigten Revisoren auf Verlangen jederzeit zur Einsicht vorlegen. Die Vergütung wird nur für Sendungen in einer Menge von mindestens 25 Litern gewährt. Die Zahlung der Vergütung erfolgt monatlich auf Anweisung des Magistrats durch die Kammereikasse. § 13. Durchführungen. Den Aufsihtsbeamten ist von denjenigen, welche Bier von auswärts bezogen haben, zur Vornahme von Durchführungen der Zutritt zu den Räumen, in denen das Bier gelagert wird, zu gestatten.

III. Zulässige Vereinbarungen. § 14. Der Magistrat ist befugt, mit einzelnen Steuerpflichtigen zum Zwecke der Erleichterung des Verkehrs, ferner der Zahlung und Vergütung der Steuern besondere Vereinbarungen zu treffen. Die Vereinbarungen bedürfen der Genehmigung.

IV. Strafen. § 15. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Ordnung werden mit einer Strafe von 3 bis zu 30 Mark bestraft. Außerdem ist im Falle der Steuerhinterziehung die hinterzogene Steuer nachzuzahlen. § 16. Diese Steuerordnung tritt am 1. April 1896 in Kraft.

Stettin, an Darmtyphus 11 Erkrankungen, davon 5 in Stettin und an Kindbettfieber 2 Erkrankungen. Im Kreise Kammin kam kein Fall von ansteckender Krankheit vor.

In der für nächsten Donnerstag anberaumten Stadtrathssitzung-Verammlung ist u. A. auch die Veranlassung und Beschlußfassung über die vom Magistrat vorgelegte Umfassener- und Biersteuer-Ordnung angefaßt. Wir haben darüber bereits eingehend Mittheilung gemacht und lassen heute noch den Entwurf der Biersteuerordnung folgen:

I. Zuschlag zur Brausteuer. § 1. Steuerfuß. Vom 1. April 1896 ab wird von dem im Gemeindebezirk Stettin gebrachten Bier ein Zuschlag von fünfzig vom Hundert zur Brausteuer erhoben. § 2. Zeit der Zahlung. Der Zuschlag ist von den Brauereibesitzern, gleichwie die Brausteuer, bei der Anmeldung und Besteuerung der einzelnen Gebraude oder bei der Einzahlung der Fixationsraten an die Kammereikasse zu entrichten. § 3. Erstattungen. Für die Erstattung des Zuschlages sind die wegen Erstattung der Brausteuer in § 7 des Gesetzes vom 31. Mai 1872 gegebenen Vorschriften maßgebend; sie erfolgt binnen 14 Tagen nach Einreichung einer Bescheinigung des königlichen Hauptsteueramts über die bewirkte Erstattung der Brausteuer. § 4. Ausfuhr-Vergütung. Für das vom 1. Juni 1896 ab aus dem Gemeindebezirk Stettin ausgeführte Bier wird auf den gezahlten Kommunalzuschlag eine Vergütung gewährt. Der Anspruch auf die Vergütung wird nur zu befristeten und in steuerlicher Beziehung unbescholtenen Brauereien und nur dann zugesprochen, wenn sie nur selbst gebranntes Bier ausführen und wenn sie Bücher führen, aus denen der Umfang der Bierbereitung und der Bierausfuhr sich ergibt. Die Bücher müssen auf Anforderung von dem Magistrat zu erweisen oder zu bevollmächtigten Revisoren jederzeit zur Einsicht vorgelegt werden. Die Höhe der Vergütung wird für je 100 Liter überabzüglich und unterabzüglich Bier zunächst auf 1 Jahr, ab dann von 3 zu 3 Jahren durch den Magistrat festgesetzt. Die Zahlung der Vergütung erfolgt monatlich auf Anweisung des Magistrats durch die Kammereikasse.

II. Steuer von eingeführtem Bier. § 5. Steuerfuß. Vom 1. April 1896 ab wird von dem in den Gemeindebezirk Stettin eingeführten Bier eine Steuer von 65 Pf. für das Hektoliter erhoben. § 6. Freieinheiten. Von der Steuer befreit ist: a) Bier, welches in Mengen von nicht mehr als 2 Litern eingeführt wird, b) Retourbier, für welches bei der Ausfuhr eine Vergütung (§ 4 und 12) nicht in Anspruch genommen ist, c) Bier, welches durch den Gemeindebezirk nur durchgeführt wird. Als durchgeführtes Bier ist auch solches zu betrachten, welches auf der Eisenbahn oder zu Wasser eingeführt, ohne in die Stadt eingebracht zu werden, auf dem Bahnhof oder am Hafen lagert und demnach in Urgebunden weiterbefördert wird, oder welches, auf der Achse eingegangen, in denselben Gebunden zur Weiterbeförderung mit der Eisenbahn oder zu Wasser umgeladen wird. § 8. Art der Einfuhr. Alles zur Einfuhr bestimmte Bier muß in Fässern, deren geachteter Inhalt auf ihnen in Zahlen deutlich eingebraunt ist, oder in vollen, für jedes Hektoliter gleichartigen Fässern eingebracht werden. § 9. Ueberwachung der Einfuhr. Der

Steuerpflichtige (§ 10) ist dafür verantwortlich, daß der Transportführer, welcher Bier in den Gemeindebezirk einführt oder durch den Gemeindebezirk durchführt, eine die Namen der Abnehmer und Empfänger und den Inhalt jeder einzelnen Sendung enthaltende Nachweisung in doppelter Ausfertigung bei sich führt und beide Ausfertigungen an der von dem Magistrat bestimmten Stelle vorlegt. Durchgeführt ist in der Nachweisung ausdrücklich als solches zu bezeichnen. Der Verwalter der Anmeldestelle hat das Recht, die Ladung mit dem Inhalt der Nachweisung zu vergleichen; der Transportführer muß ihm dabei jede nöthige Hilfe leisten. Nach Vergleichung der Ladung mit der Nachweisung wird eine der beiden Ausfertigungen dem Transportführer sofort abgestempelt zurückgegeben, welche im Falle der Durchfuhr auf der für den Ausgangsweg bestimmten Anmeldestelle abzuliefern ist. Jeder Transportführer ist verpflichtet, den Aufsihtsbeamten auf Anforderung die gestempelte Nachweisung vorzulegen. § 10. Zahlung der Steuer. Zur Entrichtung der Steuer ist verpflichtet: a) bei der Einfuhr auf Eisenbahnen oder zu Wasser der im Frachtbüchlein oder Konnossement bezeichneter Empfänger, b) für das auf andere Art eingeführte Bier der Einfuhrbringer. Die Zahlung der Steuer hat spätestens am Tage nach dem Empfang bzw. Einbringen während der Stunden auf der Kammereikasse zu erfolgen. § 11. Vergütung. Die Einfuhrbringer (§ 10 Abs. 1b), welche sich verpflichten, a) über sämtliche nach Stettin zum Abfuhr selbst oder zur Durchfuhr gegebene Bier eine mit ihren Geschäftsbüchern übereinstimmende Gesamtnachweisung am Ende eines jeden Monats dem Magistrat einzureichen und die auf das Einfuhrtag entfallende Steuer bis zum fünften Tage des folgenden Monats an die Kammereikasse unangefordert abzuführen, b) den vom Magistrat zu ernennenden oder zu bevollmächtigten Revisoren auf Verlangen jederzeit die den gesamten Absatz im Einzelnen nachweisenden Geschäftsbücher zur Einsicht vorzulegen, desgleichen Empfängern (§ 10 Abs. 1a), welche obige Verpflichtungen in Betreff des gesamten von ihnen in Empfang genommenen Bieres eingehen, kann unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs die Beachtung der Vorschriften des § 9 und 10 Absatz 2 erlassen werden. § 12. Ausfuhr-Vergütung. Zuverlässigen und in steuerlicher Beziehung unbescholtenen Bierhändlern wird für in denselben oder anderen Gebinden bzw. Fässern wieder ausgeführtes, auswärts gebranntes, Bier Vergütung der gezahlten Steuern gewährt, wenn sie Bücher führen, aus denen sich die Menge des gesamten von ihnen in Empfang genommenen Bieres, somit der Umfang des gesamten und insbesondere des auswärts abgeführten Bieres genau ergibt, und sie die Bücher den vom Magistrat zu ernennenden oder zu bevollmächtigten Revisoren auf Verlangen jederzeit zur Einsicht vorlegen. Die Vergütung wird nur für Sendungen in einer Menge von mindestens 25 Litern gewährt. Die Zahlung der Vergütung erfolgt monatlich auf Anweisung des

Stadtverordneten-Versammlung am 5. März 1896, Nachmittags 5 1/2 Uhr. Öffentliche Sitzung. 1. Zustimmung zur Annahme eines Legats von 2000 M gegen Übernahme der Pflege von 4 Grabstätten.

Polizei-Verordnung betreffend den Schiffsverkehr im Oder-Dunzig-Kanale zu Stettin.

Auf Grund des § 138 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (S. 195) wird mit Zustimmung des Bezirks-Ausschusses Nachstehendes verordnet: Die Polizei-Verordnung, betreffend den Schiffsverkehr im Oder-Dunzig-Kanal bei Stettin vom 14. Februar 1882 (M. Bl. S. 36) wird, wie folgt, abgeändert:

Bekanntmachung betreffend die Zurückstellung von Mannschaften der Reserve, Landwehr, Seewehr und Ersatz-Reserve, sowie von ausgebildeten Landsturmpflichtigen II. Aufgebots in Berücksichtigung häuslicher und gewerblicher Verhältnisse bei etwa eintretender Mobilmachung der Armee.

Nach den Vorschriften der §§ 122 und 123 der Wehr-Ordnung können aus Anlaß häuslicher und gewerblicher Verhältnisse von der verstärkten Ersatz-Kommission einstweilige und bedingungsweise Zurückstellungen von Mannschaften der oben bezeichneten Kategorie verfügt werden und zwar:

- 1) wenn ein Mann als der einzige Ernährer seines arbeitsfähigen Vaters oder seiner Mutter, beziehungsweise seines Großvaters oder seiner Großmutter, mit denen er dieselbe Feuerstelle bewohnt, zu betrachten ist, und ein Stiefsohn oder Stiefnichte gehalten werden kann, auch durch die der Familie bei der Einberufung geleglich zuzuführende Unterstützung der dauernde Niedrigkeit des elterlichen Hausstandes nicht abgemindert werden könnte;

Die Prüfung der Reklamationen findet am Donnerstag, den 16. April d. J., Vormittags 8 Uhr, im Rohrer'schen Lokale, Gustav-Abolffstraße 11, statt.

Bekanntmachung Die Lieferung von 3000 cbm Mauerwerk für den Bau der neuen Gartenanlage zu Stettin soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.

Stettin, den 22. Februar 1896. Die Lieferung von 3000 cbm Mauerwerk für den Bau der neuen Gartenanlage zu Stettin soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden. Angebote hierauf sind bis zu dem auf Montag, den 7. März 1896, Vormittags 11 1/2 Uhr, im Zimmer Nr. 41 des Rathhauses angelegten Termine vorzuliegen und mit entsprechender Aufschrift versehen, abzugeben, wofolbst auch die Eröffnung derselben in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter erfolgen wird.

Bekanntmachung Die diesjährige Musterung der Militärpflichtigen, welche in den Jahren 1876, 1875, 1874 und vorher geboren und im Gebiete der Stadt Stettin wohnhaft sind, findet wie folgt statt:

Table with columns for year (Jahrgang), book letter (Buchstabe), and date (am). Rows include Jahrgang 1876, 1875, and 1874 with corresponding dates and book letters.

Bekanntmachung Die Berechtigung der Stadt Stettin, für das Deffnen und das Schließen der Baumrücke ein Auftragsgebot zu erheben, soll auf die Zeit vom 1. April 1896 bis zum 31. März 1899 im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.

Bekanntmachung betreffend die Musterung der Militärpflichtigen.

Stettin, den 27. Februar 1896. Die diesjährige Musterung der Militärpflichtigen, welche in den Jahren 1876, 1875, 1874 und vorher geboren und im Gebiete der Stadt Stettin wohnhaft sind, findet wie folgt statt:

Table with columns for year (Jahrgang), book letter (Buchstabe), and date (am). Rows include Jahrgang 1876, 1875, and 1874 with corresponding dates and book letters.

Die Prüfung der Reklamationen der Militärpflichtigen und der Mannschaften des Wehranstandes am 16. April d. J. Die Musterung findet jedesmal Morgens 7 Uhr im Rohrer'schen Lokale statt.

Es werden daher alle diejenigen Militärpflichtigen, welche in den obengenannten Jahren und vorher geboren und nicht zurückgestellt sind oder über ihr Militär-Verhältnis eine endgültige Entscheidung seitens einer Ober-Ersatz-Kommission noch nicht erhalten haben, d. h. welche weder im Besitze eines Ausweisungs-Scheins, Landsturmscheins, oder eines Ersatz-Verweises sich befinden, hierdurch aufgefordert, sich in den vorstehend angegebenen Musterungsterminen zu stellen.

Die Eltern, Geschwister der Reklamanten und die sonst in Betracht kommenden Personen müssen ebenfalls zu dem oben angegebenen Termin (16. April d. J.) im Rohrer'schen Lokale erscheinen, wofolbst über die Erwerbs- u. Aufzuchtverhältnisse, wie überhaupt über die Reklamation entschieden werden wird.

Ein Nichterscheinen der Angehörigen hat zur Folge, daß die Reklamation event. unberücksichtigt bleibt. Auf vorläufige Zurückstellung bezw. Befreiung vom Militärdienste haben Anspruch:

- a) die einzigen Ernährer hilfloser Familien, erwerbsunfähiger Eltern, Großeltern oder Geschwister;
- b) der Sohn eines zur Arbeit und Aussicht unfähigen Grundbesizers, Bäckers oder Gewerbetreibenden, wenn dieser Sohn dessen einzige und unentbehrliche Stütze zur wirtschaftlichen Erhaltung des Betriebes, der Pachtung oder des Gewerbes ist;
- c) der nächstälteste Bruder eines vor dem Feinde gebliebenen, oder an den erhaltenden Wunden gestorbenen, oder in Folge derselben erwerbsunfähig gewordenen oder im Kriege an Krankheit gestorbenen Soldaten, sofern durch die Zurückstellung der Angehörigen des letzteren eine wesentliche Erleichterung gewährt werden kann;

Durch Verheiratung eines Militärpflichtigen können Ansprüche auf Zurückstellung bezw. Befreiung nicht begründet werden. Die Handwerker (Schuhmacher, Schneider, Sattler, Maschinenkloster) haben einen Ausweis über ihre Beschäftigung als Handwerker mitzubringen. Die Mannschaften der See- und halbschiffmännischen Besatzung haben ihre Schiffspapiere (Anmusterungsbücher u. s. w.) mitzubringen.

Warnung für Schneider!

Lasse sich Niemand durch Annoncen der Confectionäre zur Aufnahme der Arbeit bewegen. Alle Zugeständnisse, die in den Zeitungen gemacht werden, halten die Herren nicht auf die Dauer, das haben wir an den Versprechungen im vorigen Sommer genügend erfahren. Es ist Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, so lange die Arbeit ruhen zu lassen, bis eine Einigung zwischen der neugewählten Lohnkommission und den Confectionären erzielt ist.

Haltet Euch nur an unsere Bekanntmachungen! Dann ist der Sieg uns sicher! Die Lohnkommission.

Gr. öffentliche Versammlung der streifenden Schneider und Näherinnen am Montag, den 2. d. M., Nachmittags 4 Uhr, im Sucker'schen Lokale, Allee-Str. 3-4. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet Die Lohnkommission.

Lette-Verein unter dem Protektorat Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin Friedrich.

- 1. Handelsschule. Grundliche Ausbildung für den kaufmännischen Beruf: zur Buchhalterei, Correspondenz in deutscher, französischer und englischer Sprache, in Stenographie, Gebrauch der Schreibmaschine, Rechnen etc. Der Kursus beginnt am 13. April d. J.
- 2. Gewerbeschule. Am 1. April und am 1. jedes weiteren Monats beginnen neue Kurse im Schneidern, Puschmagen, Feziten, Blumen-Fabrikation, Handarbeit, Maschinennähen div. Systeme, Wäsche-schneiden, Waschen und Plätten auf neu. Spitzenwäse, Kochen. Ausbildung zur Industrie-Lehrerin, Kochlehrerin, für den häuslichen Beruf, als Stütze der Hausfrau und Junger in den hierfür erforderlichen Fächern zu ernähigtem Preise. Die Vorbereitung für das staatliche Handarbeit-Lehrerinnen-Examen beginnt am 9. April.
- 3. Kunsthandarbeit- und Kunstgewerbeschule. Unterweisung in allen feinen Handarbeiten und Kunstfärberei-Techniken: Weiß, Leinen, Plattsch, Gold-, Paramenten-, Fahren- und Wappenschilderei, Applikation etc. Porzellannähen etc.
- 4. Photographische Lehranstalt. Ausbildung von Damen in der Photographie und den photomechanischen Verfahren, zu Retouchieren, Copieren und Empfangsdamen. Spezialkurse im Uebermalen von Photographien in Del- und Aquarellfarben. Beginn des Sommerkurses am 1. April.
- 5. Atelier für Anfertigung von Kunsthandarbeiten. Kunsthandarbeiten jeder Art werden eingerichtet, angefangen resp. fertig gestellt.
- 6. Victoria-Stift. Damen-Pensionat im Lette-Hause für Jun- und Ausländerinnen. Auskunft über sämtliche Institute, schriftlich wie mündlich, durch die Registratur des Lette-Vereins, Berlin SW., Königgräberstraße 90. Geöffnet wochentäglich von 9-6 Uhr. Pro-spekte gratis.

An- und Verkauf aller Werthpapiere bei 1/2% Provision ohne weitere Spesen. Couponlösung und Verloosungscontrole provisionsfrei. G. Kubale, Bankgeschäft, Deumarkt im alten Rathhause.

Emil Ahorn, Steinmetz-Meister, Stettin-Grünhof, Völzigerstraße 37-38. Fernsprecher 576. Haltestelle „Schulhaus“ der Pferdebahn. Grabdenkmäler in einzig dastehender reicher Auswahl, in den gangbaren Granit- und Marmor-Arten, besonders Obelisk, Kreuze und Hügelsteine in feinstem schwarz sch. Granit. Grabgitter in Guß- u. Schmiedeeisen in den neuesten Mustern zu billigsten Fabrikpreisen. Gitterschwellen und Fundamente.

Bekanntmachung.

Die Ausführung von Mauerarbeiten bei hiesigerem Großwetter als 3° Reaumur ist unzulässig. Bei derartigen Frost angeführtes Mauerwerk muß auf Grund des § 71 der Bau-Polizei-Ordnung vom 31. März 1877 wieder beseitigt werden. Stettin, den 22. Februar 1896. Städtische Polizei-Verwaltung.

Neubau des amtsgerichtlichen Geschäfts- u. Gefängnis-Gebäudes zu Därowalde i. P.

Die Tischler-, Anstreicher- u. Tapezier-, sowie die Dien-arbeiten, veranschlagt auf 3470, 1491 und 2025 M., sollen im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden. Angebote sind versegelt mit entsprechender Aufschrift versehen, bis Montag, den 23. März cr., Vorm. 10 Uhr, auf der hiesigen Kreisbauinspektion einzulegen, wo um die angegebene Zeit die Eröffnung in Gegenwart der erschienenen Bewerber erfolgt. Anschlag, Zeichnungen und Bedingungen liegen daselbst während der Dienststunden aus. Bedingungen-Anschläge und Bedingungen können von demselben gegen Entlohnung von 2,00, 2,00, 1,00 M bezogen werden. Bewerber bleiben 3 Monate an ihr Angebot gebunden. Neustettin, den 27. Februar 1896. Der Bauwart. Der Regierungs-Baumeister. Kellner. H. Metzner.

Nutz- u. Brennholz-Verkauf aus dem Forstrevier Brunn.

Am Dienstag, den 3. März 1896, Vormittags 10 Uhr, sollen im Wege zu Strefow kleinere Schneise- und Bauhölzer, ca. 400 kleinere Stangen I. bis IV Kl. und ca. 100 Eichen Stangen; von 2 Uhr ab kleinere Nollen, Kloben, Knüppel, Reiser und Stubben öffentlich meistbietend unter den gewöhnlichen Verkaufsbedingungen veräußert werden. Die Forst-Verwaltung.

Orts-Krankenkasse IV.

Ordentliche General-Versammlung am Sonntag, den 15. März, Nachmittags 3 Uhr, im Restaurant Eis-teller, Breitestraße. Tages-Ordnung: Abnahme der Jahres-Rechnung pro 1895. Der Vorstand.

Öffentlicher Vortrag Sonntag Abend 6 1/2 Uhr, Artilleriestr. 2: Das Gleichniß vom barmherzigen Samariter.

Lucas 10, 25-37. Jedermann ist freundlichst eingeladen. Credit-Verein zu Stettin. Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Mittwoch, d. 11. März 1896, Abends präcise 7 1/2 Uhr im Börsensaal: Ordentliche General-Versammlung zu der die Mitglieder der Genossenschaft hiermit eingeladen werden.

Die Engel Gottes. Die Engel des Menschensohnes.

Matthäus 24, 31. Wer sind diese leichten? Wann sollen sie kommen? und in welcher Weise werden sie ihren Auftrag erfüllen? Öffentlicher Vortrag Sonntag, Abends 6 Uhr, Petrihofstr. 3, Postf. Nr. 30, Zietenstrasse 22, in eigenem, nur für Unterrichtszwecke eingerichteten Hause, Vorbildungs-Anstalt (Militär-Pädagogium) von Dir. Dr. Fischer, 1888 staatl. konzess. für alle Militär- u. Schulzwecke. Unterricht, Disziplin, Tisch, Wohnung vorzüglich empfohlen von den höchsten Stellen. 1895 befanden 147 Kadetten, 18 Primaner, 4 Oberleutnanten, 10 Einjährige, 3 Unterleutnanten. Probest unentgeltlich.

Unterricht in der Stolze'schen Stenographie.

erteilt gegen mäßiges Honorar M. Buchterkirch, Klosterhof 4, II.

Technikum Neustadt Mecklenburg.

Ingenieur-, Techniker-, Werkmister-Schule, Maschinenbau, Bauwesen, Elektrotechnik, Maschinenbau, Tischler-Fach-Schule.

Evangelischer Arbeiter-Verein.

Dienstag, den 3. März, Abends 8 1/2 Uhr: Dienfrüh, Männer-Versammlung im kleinen Saal des neuen evang. Vereinshauses. Der Vorstand.

Bezirksverein Oberwiek.

Mittwoch, den 4. März, Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung im Saale des Herrn Christiani: „Ueber den Kreislauf des Blutes.“ Herr Dr. Friedemann.

Kanarienvögel.

größtes Postverhandlungs-Geschäft nach allen Orten Europas. Laufende eble Sänger aus Boger. Preis-Katalog frei. W. Gönneke, St. Andreasberg i. Saal.

Der Driffe.

Roman von Sidore Kaulbach.

40) (Nachdruck verboten.) Im Hotel bestellten Sommermann und Martha zwei Zimmer, und erst, als sie beieinander auf dem Sopha saßen, forderte das hervorwachsende Gesicht sein Recht.

habest mir die Treue gebrochen? Konnte ich, ein unerschrockenes, harmloses Mädchen, ahnen, daß eine Mutter, das höchste Wesen, welches für mich, die ich die meiste nie gekannt habe, dieser Name bezeichnet, — daß eine Mutter solchen Betrag erfinden könnte, um ihres Sohnes Glück zu zerstören? Das konnte ich nicht ahnen!

wie ich sie niemals erträumt, niemals für möglich gehalten hatte, erschloß sich mir durch Dich; ich erkannte mit einem Schlage, daß ich ein jammervolles Leben gehabt, das erst durch Dich mit Licht und Glanz erhellt worden war.

schrieb ich Dir jenen Brief, ging nach England, nahm den Mädchenamen meiner Mutter, Menschen, an und verstellte meine Handschrift, um jede Spur von mir zu verwischen.

Reiben, die ich erdulden mußte, führten mich den Weg zu einem neuen Glück. Auch John Bradleys gedachte das wieder vereinte Paar voll Mißbilligung und Dankbarkeit.

Termine vom 2. bis 7. März. In Substitutionsachen. 2. März. A.-G. Stettin. Das den Stellmacher Brammichen Gehleuten gehörige, in Polchow belegene Grundstück.

Maschinenbauschule Magdeburg. Semester-Anfang 8. April. Programme durch Die Direktion. Gildemeister's Institut Hannover, Hedwigstr. 13.

Aufruf. Da die hiesigen Großkonfektionäre sich den bescheidenen Forderungen der Schneider und Näherinnen gegenüber ablehnend verhalten, so ist es Ehrenpflicht aller edel denkenden Menschen, die Streikenden moralisch und pekuniär zu unterstützen.

Zu besetzen ist die mit ausreichendem Einkommen verbundene General-Agentur einer guten deutschen, die Lebens-, Unfall- und Haftpflichtversicherung betreibenden Gesellschaft für die Provinz Pommern.

Platzreisende der Weinbranche überall gesucht. Provisions 15 und 20 Prozent. J. Laporte, Wiesbaden. Dr. med. wünscht zu betrauen. Ernstg. Offert. erb. H. H. v. Berlin.

Bitte. Eine sehr ordentliche ehrsame Familie, wovon der Mann 55 Jahre und die Frau 52 Jahre alt ist, befindet sich augenblicklich in der bittersten Noth und dem größten Elend.

Pommersche Hypotheken - Actien - Bank. Pommersche Gastwirth-Vereinigung. Morgen Montag, Nachm. 3 1/2 Uhr, im Saale des „Reichsgarten“, Böllwerth 74.

An das geehrte Publikum! Folgende Detailfirmen haben bis jetzt unsere Forderungen nicht bewilligt, und bitten wir dieses bei Einkäufen von Konfektionsartikeln berücksichtigen zu wollen.

Rein anderes Dabiriat. Anrathungen erster Autoritäten. wird die in neuer vermehrter Auflage erschienene Schrift des Med.-Rath Dr. Müller über das gestörte Nerven- u. Sexual-System.

Centralhallen. Heute Sonntag 1/3 Uhr: Vollständig neues Programm. 1. Auftreten der Soma - Karawane. The three Palmer's, großartige Produktion an dem flegelnden Trapes.

Dankfagung. Für die zahlreichen Beweise herzlicher Theilnahme und für die überaus reichliche Blumenpende bei der Beerdigung meiner lieben, mir unvergesslichen Frau Ernestine geb. Meyer, sage ich hiermit allen lieben Freunden und Bekannten meinen innigsten und tiefgefühltesten Dank.

Alten u. Jungen Männern wird die in neuer vermehrter Auflage erschienene Schrift des Med.-Rath Dr. Müller über das gestörte Nerven- u. Sexual-System.

Rein anderes Dabiriat. Anrathungen erster Autoritäten. wird die in neuer vermehrter Auflage erschienene Schrift des Med.-Rath Dr. Müller über das gestörte Nerven- u. Sexual-System.

Rein anderes Dabiriat. Anrathungen erster Autoritäten. wird die in neuer vermehrter Auflage erschienene Schrift des Med.-Rath Dr. Müller über das gestörte Nerven- u. Sexual-System.

Bellevue-Theater. Sonntag 3 1/2 Uhr: (Para. 50 S.) Zum letzten Male Die Quigow's. Dietrich von Quigow - Dr. Leon Neumann.

Pommersche Hypotheken-Actien-Bank zu Berlin. Bilanz vom 31. Dezember 1895. Activa. Cassenbestand 1150754,91. Eigene Effecten 916868,92.

Bachem Sect. Nur natürliche Fläschengabrigung. Betrieb übernommen wir von Bachem & Pantler.

Rein anderes Dabiriat. Anrathungen erster Autoritäten. wird die in neuer vermehrter Auflage erschienene Schrift des Med.-Rath Dr. Müller über das gestörte Nerven- u. Sexual-System.

Rein anderes Dabiriat. Anrathungen erster Autoritäten. wird die in neuer vermehrter Auflage erschienene Schrift des Med.-Rath Dr. Müller über das gestörte Nerven- u. Sexual-System.

Concordia-Theater. Das neue künstlerpersonal. Frä. Elvira Westlund, Frä. Trute Hoffmann, Georg Gau. Des großen Erfolges wegen prolongirt.

Strelitz. Zwei Bahnhöfe mit höchster Anzeigung. Berlin. Electro- und Maschinen-Ingenieur, Bau-, Bauwerk-, Werkmeister- und Architektur-Schule.

Bur Einsegnung. werden Flechten, Urtretten, Halsketten, Armabänder, Broschen, Puffen, Schäfte, Herren- und Damenperücken der Natur täuschend ähnlich von ausgegünstigten Frauenhaaren sauber und billig angefertigt.

Rein anderes Dabiriat. Anrathungen erster Autoritäten. wird die in neuer vermehrter Auflage erschienene Schrift des Med.-Rath Dr. Müller über das gestörte Nerven- u. Sexual-System.

Rein anderes Dabiriat. Anrathungen erster Autoritäten. wird die in neuer vermehrter Auflage erschienene Schrift des Med.-Rath Dr. Müller über das gestörte Nerven- u. Sexual-System.

Miss Dorina-Truppe. Avello u. Marri, Miss Kathi, Frä. Grygatti und Scharfeneck, Th. Zierrath etc. Mittags 12 Uhr: Künstler-Vorstellung.

Ein Arbeitssperd, gesund und zugefüt, ist zu verkaufen Eisenbahnstr. 5, 1 Tr.

Neuestes Schutzmittel für Frauen (ärztlich empf.). Einfachste Anwendung, Beschreibung gratis per Kreuzband. Als Brief geg. 20 S. Marke f. Porto. R. Oschmann, Konstantz E. 4.

Gravatten-Fabrik Blömer & Co., St. Tonis-Cresfeld 29. Billigste Bezugsquelle aller Arten Gravatten, Stoffmutter und illustrierte Preisliste gratis und franco.

Kinderfrel, Stützen d. Hausfr. Stubenmädchen, Kinderpfleg., Jungfern bildet die Größelschule, Berlin, Wilhelmstr. 105 in 2-4 monat. Kur aus. Jede Schülerin erhält durch die Schule Stell. Auswärtige billige Pension. Prospekte gratis. Derrückten können ohne Vermittlungskosten jederzeit engagiren.

I. Hypotheken bis 2/3 Care auf städtisch. Grundstücke, Güter und Höfe: Beleihung bis 50 % des Werthes von Fabriken (Zuckerfabriken, Moltereien, Brauereien etc.), sowie von Baurterrains zu 4-4 1/2 % auf 10-20 Jahre fest offerirt.

Für Weingroßhändler. Julius Levy in Oberwinter a. Rh., Weincommissionsant.

Uhren verkauft und reparirt zu den billigsten Preisen unter Garantie R. Haack, Uhrmacher, Gr. Dönh. 12.

Bernhard Karschny, Tüchtige Agenten an allen Orten gesucht.

Ba. oberöchl. Steinfoblen, böhmische Brauntöhlen, Briquettes, Jartenschiner Torf und alle Sorten Brennholz offerirt billig. Tel. 441. Fr. Bumke, Oberwief 76/78.

Teppiche spottbillig! in Folge kleiner Mängel. Pracht-Katalog gratis u. fre. Gardinen, Portieren, Sophastoff-Reste unter Preis! Berlin S. Teppich-Fabrik Emil Lefèvre, Oranienstrasse 158. Größtes Teppich-Spezial-Geschäft Berlins.